

Correspondent

Ercheint
Montag, Donnerstag,
Sonabend.
Jahres 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 16. Juni 1896.

№ 67.

Zur Tarisbewegung.

Der im byzantinischen Stile gehaltene Neubau der „Tarisgemeinschaft“ ist zusammengefasst und wir hatten sicher Glück, daß der Unfall geschah, ehe noch dieses „Staatsgebäude“ mit seinem papiernen Fundamente von uns bezogen und ehe nach den Wünschen seiner Protektoren der Verband mit seinen Unterstützungszeigen darin untergebracht war — wir wären jämmerlich erschlagen und zermalmt worden.

Der Unwille richtet sich nun allgemein gegen die fahrlässigen Raummeister, die aus dem „Unglück“ von anno 1891 nichts gelernt, aber alles vergessen hatten. Insofern ist die Dissonanz, die sich durch die Gehilfenschaft ganz Deutschlands hindurchzieht, begrifflich und berechtigt und die schleunigen und ernstlichen Maßnahmen gegen das unverantwortliche Treiben des — Zentralvorstandes und der Gehilfenvertreter, die unser Redakteur noch knapp zur rechten Stunde ergriffen hat, werden es der Gesamtgehilfenschaft ermöglichen, das tragische Ende dieser doch nur der Arglist und Vertrauensbuselei entspringenen „Gemeinschaft“, die nebenbei berufen war, das Koalitionsrecht der Gehilfen auf die Dauer von über ein halb Dezennium hinaus zu unterbinden, kaum ernstlich zu beklagen.

War es schon im vornherein neben dem Verschleppungsfehler ein großer taktischer Fehler, daß unser Zentralvorstand und mit ihm seine getreuen Gauvorfesher und späteren Tarisvertreter nicht fest darauf bestanden, daß ein neuer Tarif nur zwischen den zwei kontrahenten Gehilfen- und Unternehmerverband einen praktischen Abschluß finden könne, so war der Griff nach der Allgemeinheit unersetzlich ebenso ein verfehlter, insofern, als man dem Prinzipalsverein, der im Gegenteile zu uns am allerwenigsten die Allgemeinheit der Prinzipale repräsentiert, seine „sozialpolitische Mission“ beließ. Dies war um so befremdlicher, als unsere „Führer“ doch wußten, daß es der Prinzipalführung bis heute ein Ehren war, mit dem bösen Verbands zu verhandeln, inwiefern sie in solchem Beginnen eine wohl unausbleibliche Stärkung unserer Organisation befürchtete. Hier war Gelegenheit, die Friedensliebe der Prinzipalführer einem Examen zu unterstellen und den Schleier über die geratelten „gemeinsamen Interessen der Gehilfen und Unternehmer“ rechtzeitig zu lüften. Aber hier versagte das Selbstvertrauen unserer Führer — man vergaß sich soweit, den Verband noch zum fünften Mal am Karren dieser Tarisgemeinschaft zu begradien! War das keine Schmach, diese Verleugnung der Stärke unsers Verbandes, der an Mitgliederzahl stärksten Gewerkschaft Deutschlands, der „Pioniere der Arbeiterschaft“ und der Opfermutigsten wohl aller Arbeiter? U. A. v. g.

Und die übrigen „Ergründungen“? Sie waren bloß die Konsequenz der lendenlahmen Verteidigung unserer Rechte insofern, als man eine Position um die andre aufgab und zwar nur, um etwas „Dauerndes“ zu erzielen. Das famosie Tarifamt, die gemeinschaftliche Aufstellung der Berufsstatistik, der Tarifausschuss, die Arbeitsnachweise sind hier schon genügend beleuchtet worden, nur die nun zu bildenden Schiedsgerichte sollen hier noch gestreift werden. Und hier gibt die Nr. 101, Jahrg. 1891 des Corr., in einem längern Aufsätze, dem ein juristisches Gutachten zu Grunde liegt, entsprechenden Aufschluß. Schon damals funktionierten die tarislichen Schiedsgerichte nicht mehr zur Zufriedenheit der Gehilfen, die daselbst bekanntlich meistens anzurufen gezwungen waren. Rechtsprüche kamen entweder wegen Säumnigkeit der Prinzipalsbeifiger wochenlang nicht zu stande oder Ansprüche, welche klagende Gehilfen erhoben, und wenn sie noch so berechtigt erschienen, wurden mit Stimmgleichheit (sic!) (Prinzipalsmitglieder gegen Gehilfenmitglieder) abgelehnt. — Dagegen wurde den Gehilfen durch Gerichtsentscheid noch plausibel gemacht, daß ihnen der Tarif den Gebrauch des Gewerbegerichts illusorisch macht. Das Gutachten sagte deshalb ganz folgerichtig: „Wollen die Buchdrucker die Kompetenz der öffentlichen Gewerbegerichte für sich haben, so ist dies am einfachsten durch Beseitigung der Schiedsgerichtsbestimmungen aus dem Tarife zu bewerkstelligen.“

Den Schlußakt bildete das gegenseitige Einverständnis, daß die Prinzipalsmitglieder des Taris-Ausschusses neu gewählt, d. h. wenn alles hübsch sein unter Dach und Fach, wohl durch Mitglieder schärferer Tonart ersetzt werden sollten, während die „friedliebenden“ Gehilfenvertreter des Tarifausschusses, die das Vertrauen ihrer Kollegen sich verschert haben, in ihren Ämtern verbleiben sollen, mit Ausnahme der ausständischen Tarisfreie, wo Ergänzungs wahlen zu erfolgen hätten!

Daß seitens unserer Führer die Friedenspeife schon bei Beginn des „Zeldzuges“ im ganzen Lande herumgereicht und die Streitart als ein schon veraltetes, überflüssiges Gerät erklärt wurde, stachelte die Prinzipalität zu großer Freigebigkeit gewis auch nicht auf.

Die weitere Verteidigung dieser „Tarisgemeinschaft“ seitens unserer „Führer“ zeigt entweder nur noch die klügliche Unerfahrenheit über das ehrene ökonomische Lobgeheiß unrer heutigen Wirtschaftsordnung oder den eiteln Versuch, gewisse Kreise über Thatfachen hinwegzuführen. Es liegt deshalb in unrem eignen und im Interesse unrer Organisation, daß wir uns von leeren Schwärmern abwenden, die sich nicht nur selbst täuschen, sondern uns noch mit hohlen Phrasen, wie u. a. von der „Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit“, füttern und die Unausgeklärten damit blenden wollen. Man braucht kein Nationalökonom zu sein — jeder Arbeiter spürt's am eignen Leibe —, um zu wissen, daß solange wir dem Kapital, dem Unternehmertum die Erfüllung unserer Forderungen nicht abtropfen, abzwängen, die Arbeitslöhne usw. immer und immer nur um den äußersten Rand dessen herumtanzen, was nach dem Bedürfnisse jeder Zeit zu dem allernotwendigsten Lebensunterhalte gehört, ja daß danach schon nicht mehr gefragt wird und daß sich dies in unrer heutigen Gesellschaftsordnung nie ändern wird.

Was nun? Abwarten — je nach Lage der örtlichen Verhältnisse. Jedenfalls wird es der klügere und loyalere Teil der Prinzipale vorziehen, die minimalen Zugeständnisse da oder dort gern zu bewilligen auch — ohne Tarisgemeinschaft. Warum auch nicht? Wäre es doch der schönste Schachzug gegen die Gehilfenschaft, um einen zu frühzeitigen Vorstoß der letzteren zu paralyfieren! Uebrigens häufen sich auch die Prinzipalsstimmen, die dieses „Monstrum von Tarisgemeinschaft“ als einen Mißerfolg ihrerzeit bezeichnen, insofern es den Gehilfen nicht mundgerecht genug gehalten war.

An den Kollegen wird es aber liegen, auf einer einzuoberufenden Generalversammlung die Fügung des Zentralvorstandes einer kleinen Amputation zu unterziehen, indem man ihm das Recht einer eigenmächtigen Detronierung eines Taris und das angenehme Jenurrecht über unrem Corr. ein für allemal unmöglich macht; einen Ausschuss an dessen Seite stellt und das Institut der Gauvorfesher kassiert oder mindestens einer eingehenden Reform unterzieht, um die Freiheit und Selbstständigkeit, die Souveränität der Gesamtkollegenchaft für immer zu sichern und zu erhalten.

Frankfurt a. M.

C. Rekl.

Unfriede verkehrt.

Soweit ich auf den Beginn meiner Gehilfenzeit zurückdenken kann und so lange ich Leser des Corr. bin, was noch auf meine Bekehrung zurückzuführen, so wenig kann ich mich auf annähernd ähnliche Ereignisse besinnen, die wie jetzt geschaffen sind, eine förmliche Revolution im Widerstreite der Meinungen herbeizuführen. Und dabei handelt es sich um eine Frage, die im Laufe der Jahre und im Rahmen der Organisation so und soviel mal ventilirt, umstritten, erlärmt oder nicht erlärmt worden ist; um eine Sache, die in scharfsterdehem Kleide doch immer dieselbe bleiben wird: um die Lohnfrage, Arbeitszeit und das Mitbestimmungsrecht hierüber.

Wie ist es nun möglich, daß um dieserhalb, der eigentlichen Wagenfrage unrer Organisation, sich jetzt ein Kampf entspinnen kann, der uns als alles andre nur nicht „als ein Volk von Brüdern, daß sich in keiner Not trennen will und Gefahr“, ersineten läßt? Entweder hat über die zur Beratung gestandenen Programmpunkte in Sachen des Taris keine vorherige genügende Aussprache stattfinden können oder aber man hat sich von

vornherein über die eigentliche Sachlage wehr oder weniger absichtlich getäuscht, in dem zu guten Glauben: dem Nutigen gehört die Krone!

Damit soll nun nicht gesagt sein, daß dem Einzelnen nicht Gelegenheit geboten war, für oder gegen die einzelnen Anträge Stellung zu nehmen; da es sich aber um Hauptfragen handelte, die einestells im 1891er Kampfe nicht ertragen werden konnten, also unabweisbar eine Forderung der Gehilfen blieben, anderntells die Anträge bei Zustimmung jener ersten Leipziger Resolution von der Gehilfenschaft so gut wie acceptiert waren, so ist die große Menge derjenigen unrer Mitglieder, die sich zersireut im Land, auf exponiertem Posten, und damit auf wenig Erfolg versprechender Wachtstatt befindet, viel zu gut diszipliniert, um Rebellion zu begehen, das heißt ihren Führern untreu zu werden. Wir sind gewöhnt, dort zuzuschlagen, wo unsere Führer uns hinsellen. Vediglich dieses Vertrauens konnte es nur sein, das der so urpflüchlic hereingebrochene Bewegung Wahn brach in die Gesamtkollegenchaft. Besonnene oder meinetwegen auch zaghafte Mitgliederkreise glaubten an im Verborgenen ruhende Kräfte, die an Stelle der zweifelhaften Kampfsfähigkeit treten würden. Aber es hat auch an warnenden Stimmen nicht gefehlt, die vor allzu großem Vertrauensbuselei zu den Prinzipalen abrieteten und die den wahren Verhältnissen der Gehilfenschaft, die nach dem erst so kurze Zeit hinter ihr liegenden Kampfe nicht schon zu neuem, vorausichtlich noch schwererem Kampfe genügend mutig und gerüstet war, Rechnung getragen wissen wollten.

Hätte man beide Thatfachen: das Vertrauen der Gehilfenschaft zu den Führern und deren Erkenntnis der Lage der Gesamtgehilfenschaft bei Einleitung der Bewegung abwägend einander gegenüber gestellt, so wären hochgepaunte Forderungen und deren Nichterfüllung mit nachfolgender Enttäuschung und Bitterkeit nicht erspart geblieben. Neben mir wird es vielleicht auch andere gegeben haben, die auf Wunsch der Redaktion, die eingeschlagene Taktik nicht zu gefährden, ihre eingesandten Artikel, wenn auch mit schwerem Herzen, zurückgenommen haben. Dieser Verzicht darauf, seine Meinung ebenfalls äußern zu dürfen, entsprang aber auch der eisernen Disziplin, die bislang unser Heer fest zusammenhielt. Für mich war im gegebenen Falle die Redaktion des Corr. der Hüter der Beretensdisziplin, die berufen ist, die Meinung des Einzelnen in Fragen der Taktik im Interesse der Gesamtheit zu unterdrücken; nur aus dieser Rücksicht sind Berichtserstattungen Einzelner verständlich. Die Gegenwart lehrt mich, daß meine Anschauung irrig war. Denn was der Corr. jetzt alltäglic bringt, sind persönliche Ausflüsse gefälliger Art, die nichts weniger als sich im Rahmen der Taktik und des Ansehens unrer Organisation bewegen. Der Ton hierzu hat unire Redaktion erformalig angegeben und zwar in einer so breiten und ausführlichen Weise in jenem ersten Leipziger Versammlungsbericht, in welchem sie ihre persönliche Ansicht allen übrigen Mitgliedern im Land als die einzig richtige aufzuzischen sich bemüht; sicher wäre einem andern referierenden Mitgliede, hätte es sich im Gegenseite zur Meinung der Redaktion befunden, ein solch breiter Raum nimmer zugehoben worden; das nenne ich einen Mißbrauch der Redaktionsgewalt, den die übrigen Mitarbeiter „im Interesse des Ansehens der Organisation“ sich gefallen lassen müssen — trotzdem der Corr. ein Sprechsaal für alle Meinungen sein soll.

Und wenn auch heute hier und dort säetbar maßgebende Versammlungsmehrheiten solchem Treiben ihre Zustimmung geben, so bin ich überzeugt, daß die Zahl derer, die hierfür nur eine derbe Vermittlung haben, in der Mehrheit sich befinden wird. Diese schamlosen Angriffe auf diejenigen, denen wir unser Vertrauen geschenkt haben, sind ganz neu(?) in der Geschichte unrer Organisation, und sind um so verwerflicher, als unsere Vertreter nichts mehr und nichts weniger als ihre Pflicht thun mußten. Wer jemals das Amt eines Gehilfenführers bekleidet, wer mit Mund und Herz in kampfbewegter Zeit für seine Mandatgeber eingetreten, der erst sieht die Schwere der Verantwortung und kann sich, wenn er ehrlich handeln will, nicht mit ein paar leichtfertigen Phrasen über den Ernst der Situation hinwegsetzen.

Wie standen wir 1891 gerüstet da, und mit wie schwerem Herzen ist mancher der Gehilfenbetreuer nach abgebrochener, resultatloser Verhandlung wieder in seinen Kollegenkreis getreten. Aber der Mut, die Begeisterung, die alle Altersklassen damals wie zu heiligem Kampf ergriffen hatte, half über manche Sorge weg — denn wir mußten ja siegen!

Dah es dennoch anders kam, hat das Vertrauen in die Stärke der Arbeiterorganisationen etwas erschüttert und Tausende sagten es sich damals und heute, daß es wohl ein Dutzend Jahre währen würde, ehe man sich in alter Stärke und mit allem Mut zu neuen Thaten ausraffen werde. Das Ziel ist unverrückbar dasselbe geblieben, und darin, daß dasselbe jetzt den leitenden Personen als im Kampfe nicht erreichbar dünkt, erblickt die Redaktion eine Ursache, nicht nur diese mit Kot zu besetzen, sondern die Gesamtkollegenchaft, von der so mancher in der Organisation ergraut, in deren Führen zu belebigen, sie einfach mit einem klühnen Heberzeuge so ganz selbstbewußt zu Hirsch-Dunderlandern zu stampeln!

Und das soll man sich gefallen lassen, dazu finden sich noch Majoritäten, die auf der einen Seite einen Badenstreich empfangen, um sich auf der andern streicheln zu lassen, weil es ihrem Großstadttitel besser entspricht, den Rabiaten zu spielen.

Wer nichts zu verantworten hat, vieles verspricht, was er nicht halten kann, nach vollbracht und teils miterwählter Tat nur auf einmal den zielebendsten Fortschrittler spielt, weil die Gesamtheit mit dem Resultate nicht zufrieden ist, verdient keine ernste Beachtung.

Und da nichts besser zieht, als die Kollegen an ihrer politischen Ehre zu fassen, so wird die politische Wünschelrute hervorgeholt, um uns graulich zu machen. Ich meine, daß einem ernstlichen Manne seine politische Meinung höher stehen muß, als je ganz nach Lage der Verhältnisse zu schwanken. Und das Wechselspiel in politischer Gesinnung hat die Redaktion oftmals in der Rundschau, in Zeitartikeln und andernorts gegeben, daß man nicht wußte, welchen Glaubens sie eigentlich sei. Um der gegenwärtigen Bewegung, die zunächst ihrer wichtigsten Meinung zu danken, den richtigen Schwung zu geben, um den Mitgliedern deren Ertrakt leichter einimpfen zu können, ruft man den Bruder Arbeiter im Band auf, zu helfen und mitzuschreiben. Ich glaube kaum, daß die Gesamtarbeiterchaft sich in erwünschtem Maße dazu mißbrauchen lassen wird, denn jeder Beruf hat im fraglichen Punkte der Arbeitsbedingungen vor seiner Thür zu stehen. Außerdem wäre es interessant, wenn z. B. Schneider und Schuhmacher sich darüber hermachten, den Buchdruckern deren Lohn- und Arbeitsbedingungen als für sie passend zuzuschreiben.

Was die Partei selbst betrifft, so haben wir dieser 1891 mit unsrer kräftigen Bewegung auch nicht zu Geschehen gehandelt. Die Partei aber muß es anerkennen, daß wir, was im Bereiche der Möglichkeit liegt, auf dem Wege der modernen Arbeiterbewegung immer zu erstreuten Willens waren. Mit Gewaltmitteln, deren Mißlingen vorauszu sehen, nützen wir unseren Parteigängern nichts, Schwächen deren eigne Mittel und setzen uns dem wohlverdienten Vorwurf aus, unbedacht gehandelt und deren sauer erworbene Gewinne mißbraucht zu haben. Selb politische Glaubensbekenntnis nicht in alle Welt hinauszuschreiben und nicht alles, was man unternimmt, diesem einbringend zu bezeichnen, dazu zwingt Tausende von uns ihre Stellung, der Ort, an dem sie ihr Brot verdienen. Aber ob sie im stillen Handeln und Denken nicht reifer in ihrer politischen Gesinnung sind als mancher unüberlegte Schreier, das dürfte kaum anzuzweifeln sein.

Es scheint, als ob die Redaktion vergessen hätte, wie oft wir um unsrer selbst willen dazu Stellung nehmen mußten, unsre Organisation vor Politiktreibereien freizuhalten; oder hat sie nicht selbst dazu geholfen, uns reinzuwaschen? Zu was also die Wiederholung der Mitglieder in so und jodiel Klassen Zielbewußter? Auch die politische Gesinnung will erzogen werden, und darin ist der beste Lehramtmeister ein offenes Auge für die Schäden der Arbeiterlage; diese Erkenntnis führt von selbst auf die richtige Bahn. Wenn es aber allein parteiataktisch richtig, zielbewußt und der modernen Arbeiterbewegung entsprechend sein sollte, in blinder Hast und ohne Ueberlegung ein erwünschtes Ziel zu erstürmen, gleichviel, ob Tausende daran zu Grunde gehen, ob die Organisation, der unser Herz gebbt, daran zerfällt, dann, ja dann gibt es allerdings unter uns viele Tausende, die dem Bannspruche der Redaktion zum Opfer fielen.

Das Wichtigste unsrer derzeitigen Bewegung entspringt aber nicht der untergeschobenen rückwärtlichen Haltung unsrer Führer, die im Ernste der Situation und gewiß auf Grund gewichtigen tatsächlichen Materials ihrer Kreise, so gehandelt haben, sondern dem Umstande, daß die große Mehrheit der unsrigen und die Prinzipale die Ueberzeugung hatten, daß es nach so kurz hinter uns liegendem Kampfe nicht schon zu einem größeren kommen könne; darum das Wägen auf der einen, das Tropfen auf der andern Seite. Und wenn nun vornehmlich Leipzig, das die Bewegung eingeleitet, ob Mühlengen seines Problems mißmutig ist, so begreifen wir das; aber die dortige Kollegenchaft sollte sich nicht dazu hergeben, Ständalösen zu unterstützen und mit ihrem Namen zu beden, die eine Schande für die Organisation sind. Damit stärken wir nicht unsre Stellung, wenn wir der Prinzipalschaft

ein Herrbild unsrer Innern Verfahrenheit bieten. Haben wir jetzt nichts erreicht, solange wir einig in unseren Forderungen uns zeigten, um viel weniger wird es uns nun gelingen, wenn man sich überzeugt, daß es unter der vielgerühmten Einigkeit wie in einem Beerenkessel gärt.

Diesen Mißkredit, diese Disziplinlosigkeit verdanken wir in erster Linie unsrer Redaktion, die berufen ist, solche zu bekämpfen. Das ist tief bedauerlich. Die Konsequenzen hieraus müssen schnell und energisch gezogen werden; ich vertraue dem gesunden Urteile der Mehrheit der Mitglieder, sich nicht von einer gleichenden, inhaltlosen Bewegung zu unverständlicher Handlungsweise hinreißen zu lassen, sondern das Urteil nach innerer Ueberzeugung zu fällen. Und wenn sich jetzt Versammlungsmajoritäten finden, die der jetzigen Strömung Beifall zuzubeln, so haben sie wenig für mich zu bedeuten; eine Urabstimmung würde sicher eine andre Antwort geben. So mancher große Schreier hat es schon fertig gebracht, sich im Falle der Gefahr auf den seltsamen Standpunkt zu stellen und einer früher verfolgten Sache den Rücken zu kehren. Der Erfolg unsrer Bewegungen hängt stets von der Einigkeit ab; dadurch, daß sich Tausende durch einen, dem die Presse in gefügiger Weise zum ausbreitenden Werkzeuge wird, ummodellieren lassen, und nun erst, nachdem wir alle längst vorher wissen mußten, was aus unsrer Bewegung herauszulagen sein wird, auf einen entzweiteten Standpunkt stellen, wird die Einigkeit nicht gewinnen, aber auch auf lange nicht alteriert werden. Dem Raufsch unniher Begeisterung wird recht bald ein nüchternes Denken folgen, aus dem die alte Logik klar hervorgehen wird, daß weder Gafch noch andere mit dem Kopfe durch die Wand rennen können und werden. Wir sehen bereits, wie sehr sich die Prinzipale von der neuen Strömung eingeschüchert fühlen; sie wären auch Thoren, der so gesplitterten Gehilfenchaft nicht ein Paroli zu bieten.

Ich rekapituliere meine Meinung schließlich wie folgt:
1. Die große Mehrheit der Mitglieder sieht sich in dem Ergebnisse der Verhandlungen nicht getäuscht, weil sie nach Lage der Dinge nichts zu erwarten hatte; sie wird ihren Vertretern — trotz der bereits abgehaltenen Versammlungen — in ihrer Mehrheit auf eine so niederträchtige Weise ihren Sold nicht zahlen, sondern wird anerkennen, daß sie nach bestem Gewissen gehandelt haben.

2. Der Hauptvorstand kann nicht wie die Redaktion seine eignen Ansichten so ohne weiteres durchsetzen, sondern hat auf das Institut der Gauptorsteher Rücksicht zu nehmen, deren Stimmen wesentlich die Direktiven des Hauptvorstandes beeinflussen, weil die Meinung der Gauptorsteher getragen ist von der Meinung der Mitglieder im Gau.

3. Hätte ein Ausbrechen der Verhandlungen nichts weiter als einen Ausstand zur Folge gehabt, der für jetzt entschieden nicht möglich war. Mit der Annahme der Tarifabmachungen wäre für uns somit an Zeit nichts verloren gewesen.

4. Ist der Ausspruch des Redakteurs Gafch, als hätte er in den sechs Jahren seiner Thätigkeit den Generalstimmus gelehrt, derb anmaßend und zeugt von einer Kleinlichen Eitelkeit, von der sich so mancher frei weiß, der in den langen Jahren seiner Mitgliedschaft nach Kräften seinen Platz ausgefüllt. Jeder muß eben auf seinem Plage das Beste für die Sache thun und opfern, ohne jemals auf Dank Anspruch erheben zu wollen.

5. Ist die Schreibweise, mit welcher z. B. die kleine Mitgliedschaft Marburg über unsre Hauptleitung herzufallen sich erlaubt, auch unter den jetzigen Umständen von der Redaktion nicht zuzulassen, wäre ihr nicht alles willkommen, was den Satz im eignen Lager zu schüren angehen ist. Ferner ist es ein Skandal, in welcher wegwerfenden Weise die Redaktion diejenigen Mitarbeiter, die andere Meinungen vertreten als die ihre, mit Bemerkungen zu ihren Artikeln breitzuschlagen sucht. Die der Erklärung des Kollegen Knie angefügte Bemerkung treibt einem die Schamröthe ins Gesicht, wenn man sieht, wie die Tatsachen auf den Kopf gestellt, eigne Auslassungen aber der jeweiligen Gesinnung entsprechend verdreht werden. Dagegen respektiert man nicht gesprächsweise Auslassungen anderer, sondern benutzt sie nach Gefallen in der Öffentlichkeit, wenn sie nur stehen, um den Schein eines Verbachtes auf unsre Vertreter zu werfen.

6. Ist es sicher, daß, sollte inhaltlich in Kürze eine Mehrheit für eine derartige mehr als rabiate Richtung im Vereinsapparate sich finden, die Organisation ihre Glanzperiode überschritten haben und zur Freude unsrer Gegner sich auf abwärts schreitender Bahn befinden wird.

Ich bin überzeugt, daß das verächtliche Urteil vieler über mir zusammenschlagen wird; das aber kann mich nicht abhalten, meine Meinung eben so offen auszusprechen wie es die Redaktion beliebt. Gegen unangenehme Angriffe, wie sie jetzt Spalte für Spalte im Corr. zu finden sind, bin ich gewappnet, davor schützt mich meine langjährige Mitgliedschaft, mein ehrliches gerades Witten als langjähriger Gehilfenbetreuer und mein Vereinskritik, das ich mir auch außerhalb jeden Wirkungskreises rein erhalten habe. Ich bin für jeden Fortschritt, aber er muß nicht auf seltsamen Phrasen aufgebaut sein, sondern muß für jeden in seiner Natürlichkeit als erreichbares Ziel zu erkennen und dafür der gebogene, nicht gebachte Zeitpunkt gewählt sein.

Glogau, 6. Juni 1896. Paul Schliebs.

Erwiderung.

Es ist gut, daß auch der Herr Schliebs sich meldet, um zur Klärung beizutragen, und die Leser werden, obgleich Sch. sehr schneidig auftritt, aus seiner Entrüstung über die — woran zur Zeit niemand mehr zweifeln wird — wahrheitsgemäße Aufrechterhaltung der Ueberzeugung zu Anie und aus der Vermutung von Schliebs, daß er Angriffe zu erfahren haben würde, fühlen, daß er sich dennoch ziemlich unsicher fühlt. Und Herr Schliebs weiß warum.

Herr Schliebs, der bei den Breslauer Kollegen ein durch seinen Eifer verdientes Ansehen genießt, zählt nicht zu den Riebel, Steinbrück, Rosenlehner, Herzhäuser u. a., die früher auf rabiatem Boden standen und durch den Umgang mit Döblin in das sanfte Jah-wasser des friedlichen Einvernehmens mit den Prinzipalen gelangt sind, sondern Kollege Schliebs stimmte schon vor dem Neunstundenkampfe dem Döblinischen Vorwurfe zu, daß die Leipziger Kollegenchaft bezw. ihre Führer nicht unschuldig seien an der schroffen Gegenüberstellung von Prinzipalen und Gehilfen. Schliebs war stets ein Intimus des Zentralvorstandes, daher erklären wir es uns, daß in Breslau unter seiner Führung am 30. Dezember 1891, vierzehn Tage vor der allgemeinen Beendigung des Streiks, auf das Zirkular des Zentralvorstandes, die Arbeit wieder aufzunehmen, dort der Ordre nachgekommen wurde, während Berlin und Leipzig am 29. Dezember die Fortsetzung des Streiks beschloßen und die übrigen Orte ebenso. Dasselbe geschah teilweise in Hannover unter Klapproths Führung. Mit dem Schredgespenste der Breslauer Zugiger brachen nun die Prinzipale den Streik, für Leipziger Druckereten sollten ganze Personale unterwegs sein, auch in Berlin tobte der Breslauer Schreden. Das Zirkular des Zentralvorstandes wurde gerade in dem Moment erlassen, wo man hoffen durfte, daß viele Prinzipale, weil der Tarif mit Ende Dezember formell abließ, zu Entgegenkommen sich bereitwilliger zeigen würden. Die erzogene Deroute machte es ihnen überflüssig.

Herr Schliebs war und blieb der Vertrauensmann des Zentralvorstandes; für die schwebende Bilanz in der Redaktion des Corr. wurde er von Döblin fortgesetzt vorgeschlagen. Bei der Seelenharmonie von Schliebs mit Döblin konnte der Redakteur diesen Kandidaten natürlich nicht annehmen. Als kürzlich für ein größeres Parteiuunternehmen der Zentralvorstand einen Geschäftsführer befragen sollte, war es wiederum Schliebs, der, obgleich in gemächlicher Stellung sich befindend, in Bremen stationiert werden sollte; der Parteivorstand griff jedoch auf die Präsentation des Zentralvorstandes nicht zurück.

Die nämliche Handlung wie 1891, in derselben Weise wie der Zentralvorstand die Aktionskraft der Gehilfenchaft zu durchkreuzen, zu lähmen, versuchte Herr Schliebs auch bei der diesmaligen, kaum ins Leben tretenden und gewaltig aufschwimmenden Bewegung. Das ist eine schwere Anklage, die wir jedoch sofort beweisen. Herr Schliebs beruft sich auf seinen damals abgewiesenen Artikel. Nun, das Manuskript ist noch in unseren Händen und die Kollegen sollen erfahren, welche prachtvolle Ueberlieferung von dem Zustande der Gehilfenchaft und den Ausschüßen der Bewegung Herr Schliebs am 25. Februar (es kann auch der 26. gewesen sein, das Manuskript trägt kein Datum, am 28. Februar liegt jedoch schon Antwort auf die Ablehnung vor), am dem Tage, wo die Nummer des Corr. den „hellen schmetternen Trompetenton“ hinausküßte, der Redaktion zumutete, der Öffentlichkeit zu übergeben. Der Aufsatz lautet:

Zur Tarifbewegung.

Ein altbekanntes Wort, eng verflochten mit heikem Kampfe, selten eingefügt mit friedlichem Glauie. Und dennoch heute wie damals macht es das Herz höher schlagen, erinnert es an die herrlich-einmütige Erhebung der deutschen organisierten Gehilfenchaft. Seit dem letzten schweren Kampfe war es wie verschwunden, der Tarif bestand dank der Fähigkeit der scheinbar unterlegenen Gehilfenchaft, aber der Weg zu neuen Reformen schien verfloßen. Haben wie drüben tiefe Erbitterung, scharfe Preßschden, persönliche Drangsalierungen usw., die immer mehr und mehr die Luft zu einem Zusammenkommen, wie es einem gesunden Verhältnisse zwischen Prinzipalen und Gehilfen entspricht, erweiterten. All dies erwirbt die Umbahnung friedlicher Vereinbarung, läßt den ruhigen, besonnenen Zug im einzelnen nicht mehr zur Geltung kommen. Wir wollen nicht wägen, wer mehr nach dieser Richtung in seinem Sündenregister stehen hat, aber auch nicht unterlassen, auf das wiederholt bewiesene Entgegenkommen der Gehilfenorganisation hinzuweisen. Freilich kommt das erneute Alarmsignal gewiß allerwärts unwehroft, wenn auch ein aufmerksamer Beobachter auf der Tagesordnung der Leipziger Versammlung und Döblins Unwesenheit sich mangelnde Kombinationen gemacht haben mag. Das kann aber bei der jahrelang bestandenen Mobilität keine große Erregung verursachen, sondern man wird versucht sein, hierin zunächst den Wunsch nach einer allgemeinen Ubrüstung zu erblicken, um auf parlamentarischen Wege den auch unsererseits heißersehten Frieden und ein veruünftgemäßes Zusammenarbeiten der beruflichen Faktoren zu erzielen. In dem geeigneten guten Willen hierzu liegt allein schon für die Gehilfenchaft ein moralischer Erfolg, und es muß erfreuen, wenn die Anregung hierzu gerade von einer so heiß umstrittenen Wahlstat, wie Leipzig,

ausgeht. Die dort gefasste Resolution bewegt sich in allgemeinen Bahnen, enthält unsere alten Forderungen, ohne jedoch bestimmte Grenzen hierfür zum Ausdruck zu bringen. Mitin ist dieselbe für die Gesamtgehilfenschaft annehmbar und lediglich der wiederholte Ausdruck ihrer stets gehegten und verfolgten Ziele. Die präzisere Formulierung der Anträge wäre einer späteren Diskussion zu überlassen, und wäre das eine besonders wünschenswerte, den Verband der Deutschen Buchdrucker als eigentlichen Tarifkontrahenten eingesetzt zu sehen. In diesem Sinne wird die Freude an einer allgemeinen Erhebung eine ungeteilte sein, wenn auch die Hoffnungen auf ein gutes Gelingen nicht hoch zu spannen sind. Seit der Vernichtung der Stettiner Resolution ist der Gehilfenschaft der Glaube an ein aufrichtiges Handhaben gehen mit der Prinzipalität geschwunden, und es ist schwer, wiederholte Enttäuschungen zu verzeihen und den Glauben an endlich gemeinsame Thaten wieder zu gewinnen. Das müssen wir uns stets vor Augen halten und auch bei dem jetzt geplanten Vorgehen in Berücksichtigung ziehen. Denn was wäre wohl das Ende einer wiederholt resultatlos verlaufenen gemeinsamen Vertagung, wenn eine Einigung über unsere Forderungen wieder nicht zu erzielen wäre? Ein einfaches Zurückstellen unserer Wünsche auf einen Nummerwehrtag wäre kaum möglich, aber die einzig mögliche Antwort dürfte nach Lage der Dinge und dem erst so kurze Zeit hinter uns liegenden Kampfe schwer zu verantworten sein. Finden aber unsere Friedensverhandlungen gleiches Entgegenkommen, so wollen wir gern alle Vereinigungen abstreifen und auf beiden Seiten mag manches und vieles verzeihen sein, um freundlicheren Zustand den wieder zum Einzuge zu verhelfen. Wenn dann der hereinbrechende Frühling das Eis schmelzen macht, mag auch bei uns allen die Rinde brechen, die einer freundlicheren Aufwallung der Gemüter bisher im Wege stand. Vielleicht bricht sich dann für alle Zeiten als unbestrittener Grundsatz die Regel Bahn: Leben und Lebenlassen!

Wir können Herrn Schliebs versichern, daß die Redaktion keinen weitem, mit den Absichten des Zentralvorstandes, Verhandlungen einzuleiten zu „neuen Reformen“, zur Schaffung eines „gesunden Verhältnisses“, so eng übereinstimmenden Artikel mehr abzulehnen nötig hatte.

Herr Schliebs fiel ab und antwortete uns unterm 28. Februar:

„... Darum auch habe ich bei der so urplötzlich (als wenn dies nicht gerade der Vorzug war) hereinbrochenen Bewegung die Bedenken, daß die Allgemeinen trotz aller Versammlungen bis auf ihr Innerstes hinten von der Sache nicht erfüllt wird. Das Vertrauen zu den Prinzipalen ist zu tief erschüttert, um vertrauensselig zu werden (sehr gut!), und zu neuem Kampfe fehlen ganz unbefreitbar die Mittel und der alte Mut...“

Der Leser wird sich lebhaft daran erinnern, daß nach den Äußerungen des Freundes von Schliebs, Döblin, der Mut bei den Kollegen überhaupt bloß durch die Bereitwilligkeit der Prinzipale zu Verhandlungen kam und die Begünstigten im übrigen bloß Besoffene, Streikgeter usw. waren.

Herr Schliebs fügte noch folgende „herzliche“ Erklärung seinen Zeilen an uns zu:

„... Sind Sie mir deshalb nicht böse, wie auch ich mein Schreiben mit den besten Gesinnungen für Sie hier niederlege...“

Bedarf jemand noch eines fernern Beweises, wie brav Herr Schliebs in die Kerbe Döblins schlug, so mögen vorläufig folgende Zeilen des Lesers an uns zur Vergleichung und für uns zur Entlastung dienen:

Am 7. März schreibt Döblin an Gash:

„... So habe ich zwar gegen den Fortfall unserer Bekannmachung nichts einzuwenden, wohl aber gegen Ihren Standpunkt, falls am 11. März keine Bewilligungen erfolgen, den Kampf aufzunehmen; Resolutionen annehmen und kämpfen ist zweierlei, unsere Armee ist nicht marschbereit. Wo bleibt denn bei einem Kampfe die Stabilisierung der Verhältnisse? Also lassen Sie sich durch einzelne Schreier nicht von unserm (d. h. seinem!) wohlwollenden Weg abdrängen!“

Am 15. März schreibt Döblin:

„Diesige Vertrauensmännerversammlung hat Leipziger Abmachungen nach einiger Opposition gebilligt, Versammlung wird noch einigen Krach bringen, dann Ruhe!“

Am 17. März:

„Gefrige Versammlung hier sehr stürmisch, mit dem gewöhnlichen kalten Blute wurde jedoch auch diese Begeisterung erstickt; der See hat ausgedrückt, ohne sein Opfer zu erhalten.“ (In der Leipziger Versammlung vom 12. März, als Döblin mit dem offenen Auspruch, keine kampfbereite Armee sei vorhanden, jede Hoffnung genommen hatte, warf ihm G. vor, daß er jede Begeisterung zu erstickend verführe.)

Am 18. März schreibt Döblin:

„Es ist in der That zum Lachen, wenn jetzt die faulsten Redner in Radikalismus machen, trotzdem allen ein Stein vom Herzen gefallen ist, daß die Sache so abgeht. Woher die Helben jetzt den Mut haben, streifen zu wollen, ist unersinnlich, da sie erst unter dem Motto, friedliche Vereinbarungen treffen zu wollen, für die Sache erwirkt

werden konnten. Es wird sich schon Gelegenheit bieten, den „Radikalen“ noch einmal den Standpunkt klar zu machen.“

Am 20. März:

„... Ich erinnere nur daran, daß Sie in der Ansprache im Extrablatt (12. März) zum Ausdruck gebracht haben wollten, daß wir (als Unterhandlende) davon überzeugt seien, bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen würde nichts herauskommen! Das wäre natürlich die Proklamierung des Kampfes gewesen!“

Diese und alle anderen Briefe stehen der Generalversammlung zur Verfügung. Vielleicht überzeugen sie auch Herrn Schliebs, daß der Redakteur d. Bl. an der erbärmlichen Tarismache keine Schuld trägt. Herr Schliebs hat sich selbst gemeldet, einer von denen zu sein, die ihren Einfluß anbieten, die Kollegenchaft oder wenigstens den Corr. zu züchten, was bei letzterem auch eine Welle gelungen ist, und jetzt drechseln sie daraus ein Vergehen. Daß Herr Schl. zugleich mit dem Leipziger Rufus so prompt auf dem Platz erschien, das ist wohl am wenigsten geeignet, ihn als „Uneingeweihten“ zu betrachten.

Welchen Weg müssen wir gehen?

Die Vorkommnisse der letzten Zeit haben wohl bei allen Kollegen die Frage aufgeworfen: Woran liegt es, daß derartiges vereinbart werden konnte? und welchen Weg haben wir zu gehen, um für die Zukunft vor Wiederholungen gesichert zu sein?

Die erste Frage drängt sich uns auf, wenn wir sehen, wie die Gehilfenvertreter ohne jede Spur von Berücksichtigung es als etwas Selbstverständliches betrachten, den minimalen Bewilligungen für einzelne Kreise der Gehilfenschaft eine fünfjährige Dauer geben zu dürfen, selbst unter Kautelen, wie sie in den §§ 39 und 40 des „neuen Tarifs“ geschaffen worden sind, die den Stempel der Unbrauchbarkeit von vornherein an der Stirn tragen. — Der Grund liegt in der bis jetzt herrschenden freiwilligen Abhängigkeit und dem damit verbundenen Personenkultus auf der einen Seite, dem untätigen Zuharren der großen Masse der fast honorarlosen Lohngeber gegenüber dem Bestreben der besser gestellten Affordierter, für die ihnen in Aussicht stehende Golgenfrist noch möglichst viel herauszuschlagen, dabei in ihrem Erwerbe möglichst unbehelligt von etwaigen Eruptionen innerhalb des Gewerbes zu sein, auf der andern Seite.

Wer wollte leugnen, daß die tiefgehende Unzufriedenheit der großen Masse nur lediglich darin ihren Grund hat, daß man empfindet, wie ungleich die Interessen der Gesamttheit gewahrt werden und daß man instinktiv fühlt, daß bei den neuen Vereinbarungen neben den Interessen der Unternehmer nur noch sehr wenige ihr bescheidenen Teil erhalten würden, die Gesamttheit aber die schwerste Schädigung ertragen müsse. Das ist die Stimmung in der Berliner Kollegenchaft, der es nicht darauf ankommt, Partei zu nehmen für den Redakteur Gash und gegen Zentralvorstand und Gehilfenvertreter, sondern die das ganze bis daher herrschende Gebahren verurteilt und gegen seine Bewegung Protest erhebt; die nicht der Meinung ist, mit den Prinzipalen auf dem Lohngebiet in Ruhe und Frieden leben zu können, sondern überzeugt ist, sich jede Forderung erkämpfen zu müssen.

Damit ist aber auch der Weg angedeutet, den die Gehilfenschaft einzuschlagen hat, um Wiederholungen des Erlebten zu vermeiden. Zuerst muß man es vermeiden, Männer zu Verhandlungen mit den Prinzipalen zu delegieren und zu Vertretern in Körperschaften innerhalb des Verbandes zu wählen, die dem Zuge der Zeit nicht mehr zu folgen vermögen, die sich im Banne des Manchesterismus befinden und als Harmonieapostel zeigen. Ganz rücksichtslos muß mit der leidigen Gewohnheit gebrochen werden, immer dieselben Männer, nur weil sie lange Jahre dem Verband ihre Dienste geweiht, wieder und wieder an Posten zu stellen, die sie wegen ihrer rücksichtslosen Anschauungen nicht zum Wohle des Ganzen ausfüllen können.

Dann muß mit mehr Gründlichkeit in den Kollegenkreisen die Frage erörtert werden, welche der Gau Berlin schon der vorjährigen Generalversammlung zur Diskussion stellte und die dort der althergebrachten Zusammenlegung wegen eine Erledigung gefunden, die dem Interesse der Gesamttheit nicht dienen konnte, weil weder der Wille noch das Verständnis für eine so einschneidende Aenderung der Entlohnungsform vorhanden war. Die Resolution, die dort vom Vorstand eingebracht und von der Versammlung angenommen wurde, konnte die Prinzipalvertretung allerdings zu der Meinung bringen, daß die Voraussetzungen für eine Tarifgemeinschaft vorhanden seien. Wir meinen die Frage der Abschaffung der Affordarbeit. Nach dem Protokolle der Berliner Verhandlungen ist nur einmal vom Kollegen Domine daran gedacht worden, die schreiendsten Mißstände zu mildern, daß er keine Unterstützung gefunden hat ist nicht verwunderlich. Anstatt die Einigung aller Kollegen zu erwirken und die hier und da noch schlummernde Solidarität zu wecken, befördert man den Zwiespalt, schafft neue Klassen, geht in die von den Prinzipalen gestellte Falle und glaubt wunder was Großes vollbracht zu haben, wenn man dem siebenten Teile der Gehilfenschaft einen Vorteil auf dem Papiere bringt; in Wirklichkeit wird die Zahl derjenigen, welchen ein kleiner Vorteil zu teil wird, noch geringer sein.

Den bisherigen Weg haben wir als den falschen erkannt, halten wir nun Umschau, orientieren wir uns, so muß sich ein Weg finden, auf dem die Gesamttheit zum Ziele kommt.

Berlin.

R. Arndt.

Korrespondenzen.

Altenburg.

Die am Montag tagende allgemeine Versammlung der Buchdrucker Altenburgs war leider trotz der wichtigen Tagesordnung schlecht besucht. Die Ursache dieses schwachen Besuches dürfte nur in der Bequemlichkeit der meisten Kollegen zu suchen sein, aber eine derartige Klauheit sollte doch nicht eintreten. Selbstverständlich war der Kardinalpunkt dieser Versammlung die Stellungnahme zu den Berliner Tarifverhandlungen, welche für uns Gehilfen ein Resultat ergeben haben, das fast von allen Rednern verurteilt wurde. Die weiteren Vorkommnisse wurden ebenfalls gestreift. Schließlich kam man zu folgender Resolution, welche mit 48 gegen 2 Stimmen, 12 enthielten sich der Abstimmung, angenommen wurde: „Die am 8. Juni im Ratsteller abgehaltene allgemeine Buchdrucker-Versammlung, welche von 62 Kollegen besucht war, spricht ihr Bedauern über das die Interessen der Gehilfenschaft schwer schädigende Verhalten der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen in Berlin aus; ferner verlangt die Versammlung, daß durch eine sofort vorzunehmende Abstimmung über den neuen Tarif den vorhandenen Zuständen ein rasches Ende gemacht wird. Die weiteren Tarifverhandlungen sind bis zur endgültigen Entschließung der Gehilfenschaft zu vertagen. Im weiteren erklärt sich die Versammlung mit der Haltung der Corr.-Redaktion voll und ganz einverstanden, nur bedauert sie, daß dieselbe erst so spät mit ihrer Meinung hervorgetreten ist. Zugleich erblickt auch die Versammlung in dem Antrage des Prinzipalvertreters im Tarifausschusse, Friedrich-Breslau, aus den Satzungen des Deutschen Buchdruckervereins die Obligatorisierung des Tarifs zu streichen, eine Verhöhnung der Gehilfenschaft.“ — Dem Zentralvorstand ist diese Resolution sofort zur Kenntnis zu bringen. — Zu der in Nr. 65 enthaltenen Notiz ist zu bemerken, daß über eine Neuwahl des Gehilfenvertreters, nachdem Leipzig, Dresden und der Gautag Erzgebirge-Vogtland davon Abstand genommen, hier gar nicht abgestimmt worden ist, da der Referent auf Stellung eines solchen Antrages verzichtete und sonst niemand sich zum Worte meldete. Ebenso wurde der Antrag, Herrn Gash für sein Verhalten Dank auszusprechen, vom Antragsteller zurückgezogen, nachdem mehrere Redner die Ansicht ausgesprochen hatten, Herr Gash habe als Redakteur nur seine Pflicht gethan und dafür werde er bezahlt.

kl. Apolda, 10. Juni. Vom hiesigen Ortsvereine wurde heute folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Ortsverein Apolda protestiert ganz energisch gegen Weiterbeschäftigung von Gehilfen seit zu dem am 17. Juni in Berlin stattfindenden Konferenz, bedauert, daß die Gehilfenvertreter nicht Selbstbewußtsein genug besaßen, um die „Kreuzspinnen-Politik“ der Prinzipale zu begreifen und gibt dem Gehilfenvertreter Kollegen Nash den Rat, sein Amt „freiwillig“ niederzulegen. — Ferner erklärt der Ortsverein die Tarifverlegungen als nicht bindend für die Allgemeinheit. — Die entstandenen Streitigkeiten zwischen Corr. und Zentralvorstand soll eine in Bälde einzuberufende Generalversammlung regeln. — Diese Resolution wurde auch dem Gehilfenvertreter Kollegen Nash brieflich zugesandt.

H. Arnoldsberg i. Westf., 31. Mai. Nach Abhaltung unserer zweiten Bezirksversammlung für den Bezirk Dagen, welche hier selbst stattfand, haben wir ein günstiges Resultat zu verzeichnen, da unsere Mitgliederzahl von sechs auf zwölf gestiegen ist. Daher gründeten wir in einer gestern abend stattgehabten Versammlung einen Ortsverein. Von den zwölf Mitgliedern waren neun erschienen. Es wurde nun zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten und als solcher Kollege Louis Schulte, als Stellvertreter Kollege Carl Kaspar Meyer, als Schriftführer Kollege Aug. Holderer und als Kassierer Kollege Eugen Demmel gewählt. Unsere Versammlungen sollen vorläufig alle vierzehn Tage und zwar Samstags abgehalten werden. Indem wir dem jungen Ortsvereine Glück wünschen, sprechen wir die Hoffnung aus, daß sich in nicht allzuferner Zeit sämtliche Kollegen unserm Ortsverein und somit dem Verband anschließen und rufen wir demselben zu: Wachse, blühe und gebeihe!

B. Berlin. (Schluß aus vor. Nummer.) Die zweite Versammlung tagte in Kellers Festsälen und war von etwa 1000 bis 1200 Kollegen besucht. Der von dem Stattfinden dieser Versammlung schriftlich in Kenntnis gesetzte Redakteur des Corr., Kollege Gash, war anwesend und erhielt unter großem Beifall als erster Redner das Wort. Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Die Prinzipalität stellte, als der letzte große Streik beendet war, drei Punkte auf: 1. Beendigung des Streiks für ganz Deutschland; 2. Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen; 3. Festhaltung an der Tarifgemeinschaft, deren Form einer besonderen Besprechung überlassen bleibt. Wegen dieses dritten Punktes weigerte sich die Kollegenchaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, weshalb Döblin mit Wizenstein das Abkommen treffen mußte, wonach die Tarifgemeinschaft wegfel. Die Kollegenchaft Deutschlands nahm zwar die Arbeit auf, sprach sich aber dahin aus, auf eine Tarifgemeinschaft nie wieder einzugehen. Als dann später die Prinzipale versuchten, einen neuen

Tarif selbständig einzuführen, erhoben die Kollegen Protest dagegen und man wird auch in Zukunft allen derartigen Versuchen entgegenzutreten haben. Redner wollte wissen, daß das Bedürfnis zu Unterhandlungen am meisten beim Zentralvorstande bestand. Die Kollegen sind auch für Unterhandlungen, inwieweit dadurch der Tarif verbessert wird, aber man sollte keine Verhandlungen, die sich vom Winter bis zum Sommer hinstrecken. Redner ging auf die diesmalige Bewegung ein und bemerkte: Die Prinzipale haben sich zunächst Bedenken aus bis zum 10. März, (Zwischenruf: Wer gehörte denn zu dieser Kommission?). Der Zentralvorstand erklärte darauf, daß der Termin abgewartet werden müsse. Berlin hat sich ebenfalls mit der Hinausschiebung des Termins einverstanden erklärt, es sollte den Prinzipalen eine vierzehntägige Frist gewährt werden, weil die Bewegung über ganz Deutschland ging. Ich hätte nie und nimmer meine Zustimmung gegeben, wenn die Prinzipale nicht erklärt hätten, daß vom 1. April ab die neuen Bestimmungen eingeführt werden sollten. In der spätem Konferenz erklärten dann die Prinzipale, daß sie nicht kompetent seien, die Einführung des neuen Tarifs zu bestimmen, sondern ihre Generalversammlung — dies war der erste Winkelszug. Der zweite lag darin, daß, als unsere Vertreter mit Forderungen kamen, die Prinzipale einfach erklärten: „Was wollen Sie denn, Sie haben ja keine Forderung gestellt. In dem Schreiben des Zentralvorstandes siehe nur, daß Verhandlungen angeknüpft werden sollen, aber durchaus nichts von Bewilligungen.“ Tatsächlich war in dem Schreiben nur von Verhandlungen die Rede. Ich wußte wohl, daß es der Zentralvorstand nicht so eilig hatte, Bewilligungen zu fordern, und erhielt auch, als ich inzwischen darauf drang, von ihm am 5. März ein Schreiben, worin ich heftig getadelt wurde, daß ich Forderungen aufgestellt wissen wollte, das würde nur dahin führen, vom friedlichen Verhandeln abzulenken. Am 6. März erhielten die Gewerkschaften Zirkulare, worin gesagt wurde, daß wir uns nur auf friedliche Verhandlungen einlassen könnten, da die Armee nicht marschbereit sei. Der Zentralvorstand meinte also, es fehle der Gehilfenschaft an Mut und der sich jetzt zeigende Mut resultiere nach seiner Meinung nur aus dem Entgegenkommen der Prinzipale. Ja, Herr Döblin bezeichnete die Schreie als zweifelhafte Elemente. Auch Massini wurde damals als Schreier betrachtet, und um ihn still zu machen erklärte Döblin, daß er ihn zu den Verhandlungen mitnehmen würde, um ihn dort zu zähmen (Rufe: Aha!). Bei den ganzen Verhandlungen war auf Seiten der Prinzipale irgend welche ehrliche Absicht nicht vorhanden, sondern nur das Bestreben des in die Länge ziehens. Redner beleuchtete eingehend die Tarifverhandlungen und das Tarifamt und meinte, diese schönen Aussichten hätten ein stimmungsvolles Bild ergeben, das gewissermaßen mit beglückender Beleuchtung endet. Es war ein wirkliches Moment der Hoffnung, welches noch dadurch gehoben wurde, daß die Prinzipale in verschiedenen Orten beschlossen, den Tarif durchzuführen. Nun, fährt Redner fort, diese Durchführung ließ sich sehr eigentümlich an. Gleich nach Beendigung der ersten Verhandlungen erließen die Buchhändler große Proteste und erklärten, keine Zulage zu gewähren; in Mainz hatte man beschlossen, den Tarif mit dem 1. Mai einzuführen und über Nacht zog eine Anzahl Druckerinnen dies wieder zurück, noch origineller war es bekanntlich in Karlsruhe. In Leipzig trat Ende April die Innung zusammen und beschloß gegen vier Stimmen, den Termin der Einführung zu verlegen. Nachdem man derartige Verhältnisse eintriefen sah, war für jeden klar, daß die Prinzipale nur Horkopolus treiben wollten und nicht an die Einführung des neuen Tarifs dachten. Hinterher trat die Sechserkommission zusammen, wozu auch ich mich hineinwählen ließ, um möglichst viel Unglück zu verhüten (Gelächter seitens einzelner vorn sich befindenden Gewerkschafter und Mitglieder des Zentralvorstandes). Redner erklärte, er werde gerade diesen Herren das Nachsehen noch ganz bedeutend austreiben. Es sei eine infame Unwahrheit, wenn behauptet werde, er hätte alles mitgemacht. Schon vor Jahren habe er sich gegen eine Tarifgemeinschaft erklärt und werde deshalb in Prinzipalstreifen auch als Stein des Anstoßes betrachtet. Redner fuhr fort: Kollegen! Ich kann Ihnen sagen, daß ich das Amt nur annahm, um eine Tarifgemeinschaft zu verhüten, höchstens wäre ich für eine ganz lose Kommission, aber niemals für eine derartige Verbindung. Für mich war der Tarif die Hauptsache und ich war deshalb bereit, denselben so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Als die Gehilfenvertreter wieder mit den Prinzipalen in Berlin zusammenkamen, war ihr erstes, die Haltung des Corr. zu bedenken. Die Herren hätten sich besser mit tariflichen Fragen beschäftigt anstatt die Lotengraberarbeit für den Verband zu verrichten. (Stürmischer Beifall.) Was man der Sechserkommission nicht zu bieten wagte, das wurde den Vertretern in Berlin zugemutet und um so eher konnte man das, nachdem der Berliner Gehilfenvertreter den Prinzipalen den Dank für die sofortige Bewilligung aussprach. Nachdem der Corr. mit Füßen getreten, habe man die Gehilfenanträge Punkt für Punkt abgelehnt. Wenn der Wunsch des Zentralvorstandes, die Verhältnisse im Einklange mit der jeweiligen Konjunktur zu stabilisieren, das Ideal, das leitende Motiv ist, hier Kollegen haben Sie es! Wie darf wegen so minimaler Bewilligungen der Tarif auf fünf Jahre festgelegt werden? Wenn dieses geschieht, kann der Gewerkschafter seinem Zweck, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen, niemals nach-

kommen. Kollegen! Auch aus eine halbjährliche Mietungsfrist gingen die Gehilfenvertreter wiederum ein. Für ein derartiges Vorgehen sollte die Angelegenheit zu machen, das sei doch unerhört und noch nie dagewesen. Wir wollten unsere Verhältnisse bessern und dabei nicht auf Österreich, sondern auf England und Amerika blicken, wo die Gehilfenschaft ihren Tarif vorlege und bei Nichtbewilligung die Geschäfte einfach bonfottiere. Wir in Deutschland mühten uns die Hände frei halten und die Konjunktur auszunutzen. Zur Begründung der fünfjährigen Dauer sage man auch, die Konjunktur könne in 3 bis 5 Jahren schlechter sein, so daß uns die längere Dauer erwünscht wäre. Ja, glauben Sie denn, daß, wenn die Konjunktur, die die Prinzipale viel besser zu beurteilen wissen als wir simple Gehilfen, wirklich schlechter werden sollte, der Tarif noch von den Prinzipalen bezahlt wird? Leute, die immer nur darauf bedacht seien, daß den Prinzipalen nichts passiere, würden niemals den richtigen Zeitpunkt erfassen. Sie mühten Rückgrat genug besitzen, das Aninnen der Prinzipale, jetzt, bei einem wirklich wirtschaftlichen Aufschwung, abzulehnen. Ich kenne ja meine Berliner Kollegen gar nicht wieder, wenn sie derartig anpruchsvoll geworden wären, daß sie sich das gefallen lassen, aber ich glaube nicht, daß Sie damit einverstanden sind. (Zwischenruf: Bedarf keines Zweifels!) Ich weise darauf hin, daß in diesem Saale kürzlich der Gewerkschaftskongress tagte, welcher beschloß, daß die Arbeitsnachweise Sache der Arbeiter sind. Unsere Vertreter, die zum Teile zugegen waren, thun nun aber das Gegenteil. Ich begreife das einfach nicht und halte das unehrenhaft. In Leipzig haben wir den gemeinsamen Arbeitsnachweis gehabt, sind aber froh, ihn los geworden zu sein. Wir wollen derartige Institutionen, welche die Gehilfen herunterdrücken, gar nicht erst schaffen. Aber auch die Schaffung von Tarifkommissionen und das Aufheben der Streiter Resolution ist alles nur Sand in die Augen. Und nun gar das Tarifamt, es soll die Krönung des ganzen Gebäudes sein. In demselben sitzen zwei Prinzipale und zwei Gehilfen sowie ein besoldeter Sekretär. So unparteiisch das auch klingt, so haben wir doch Beweise, die uns anders denken lassen müssen von der Besoldung dieses Beamten. Wir brauchen nur an Nohler und Wiener zu erinnern (Zwischenruf: Die früher ganz gute Vereinsmitglieder waren, aber unsere gefährlichsten Gegner wurden), als sie in das Lager der Prinzipale übergingen. Das dürften wir also nicht wieder machen. Redner behauptete, daß die Gehilfenvertreter auf den Klambim eingegangen sind und will nur noch etwas erwähnen, was die ganze Arbeiterschaft angehe: Schon längst ist man bestrebt, das Koalitionsrecht zu verschärfen und denjenigen kriminell zu bestrafen, der ohne Zustimmung der Verbände (Tarifamt) streift. Und zu einem solchen ersten Versuch ist die Organisation der Buchdrucker ausgerufen, um sie dann der ganzen Arbeiterschaft als Muster vorzuführen. Er meinte also, wenn andere Arbeiter zu 75 Proz. organisiert wären und eine Million in der Kasse hätten, dieselben dann nicht so handeln würden als wir es gethan. Stellen wir einmal unsere Organisation anderen zur Verfügung, sie werden ganz andere Mittel ergreifen, um zum Ziele zu kommen. Redner meinte, hier flagge es zu haben, weshalb er zu seinem Vorgehen sich veranlaßt sah. Er erklärt, unsere Truppen würden sich bedanken, auf Befehl der Prinzipale zu marschieren, und einem solchen Oberbefehl entsagen. Er wies darauf hin, daß statt zu handeln man verhandelt hat, daher die geringe Ergiebigkeit, wie das immer bei langen Verhandlungen der Fall sein werde. Redner schloß seinen über zwei Stunden dauernden Vortrag mit den Worten: Kollegen! bedenkt, daß unsere Organisation das Probestück abgeben sollte für die Regierung, für ein Gesetz gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Lassen wir uns darauf ein, können wir es nicht mehr abhitteln, (Langanhaltender Beifall und teilweise Pfeifen.) Auf Beschluß der Versammlung erhielten nunmehr das Wort der Verbandsvorsitzende Döblin und der Gehilfenvertreter Giesecke. Die Meinungen der beiden Redner sind aus den letzten Ausführungen bekannt. Döblin wies noch darauf hin, daß auch die sozialdemokratische Partei in ihrem Programme die Forderungen aufgestellt hat, welche die Buchdrucker jetzt schaffen wollten. Also auf einer Seite heiße man dieses gut, während man auf der anderen Seite dasselbe beschimpft. (Zuruf: aber nicht mit dem Kapitalismus!) Ja, meine Herren! solange Sie bei dem Kapitalisten arbeiten, müssen Sie mit denselben Ihre Arbeitsbedingungen vereinbaren. Im übrigen, meinte er, selbst angenommen, Gaiß habe recht, so müßte doch jeder, der noch einen Funken von Ehrgefühl besitze, sich sagen, daß dieses Vorgehen nicht berechtigt sei. Was in aller Welt habe denn Gaiß verlernt, allein vorzugehen, ohne auch nur vorher sich mit der vorgelegten Behörde in Verbindung zu setzen? Aber das ganze sei eine von langer Hand vorbereitete Idee und wie er bemerke, seien die Rollen ganz gut verteilt. Nachdem noch Gaiß und der Gewerkschafter Brauch (Meinland-Westfalen) gesprochen, welcher Gaiß zurück, falls er Mut besäße, solle er sich morgen in der Gewerkschafter-Konferenz einfinden, wo er die Verhältnisse über die Lage ganz genau von den langjährigen Vertretern entgegen nehmen könne, wurde zur Abstimmung geschritten und gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der von Prinzipals- und Gehilfenvertretern gefassten Resolution, welche sich gegen den Corr. ausspricht, nicht einverstanden, sondern drückt dem Redakteur Gaiß für sein mannhaftes und mutiges Eintreten für

die Gesamtinteressen der Verbandskollegen ihre vollste Anerkennung aus.“ Anwesend waren bei der Abstimmung nach ungefähre Schätzung 1000 Personen, wovon etwa 700 für und 300 gegen stimmten. Der Verein zählt über 4000 Mitglieder. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung nach 2 Uhr nachts geschlossen. (In dieser Ausführlichkeit auf besonderes Verlangen des Schriftführers aufgenommen. Red.)

F. Breslau. Am 11. Juni fand eine Versammlung des Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Vereins statt, um zu den Tarifabmachungen und den neuesten Vorkommnissen zwischen Berlin und Leipzig Stellung zu nehmen. Vorherrschender Helle eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß das, was unsere Feinde durch allerlei Machinationen und jahrelange Unterminierarbeit jetzt erreicht hätten, einen Keil in unsere Reihen zu treiben, uns zu zerpfücken, jetzt im eigenen Lager besorgt werde. Er behaupte diese Vorkälle aufs tiefste, hoffe aber, den Verband halb wieder in ruhigerem Fahrwasser legen zu sehen. Schlag nahm hierauf das Wort zum wichtigsten Punkte der Tagesordnung: Die gegenwärtige Tarifbewegung und deren Nebenwirkungen. In längerer Ausführung setzte Redner auseinander, daß die Gehilfenvertreter und der Zentralvorstand, auf denen jetzt Holz gehakt werde, nicht anders handeln konnten als geschrien und nur das Beste der Allgemeinheit, das Beste der Organisation im Auge hatten. Was die Tarifgemeinschaft auf fünf Jahre anbelange, welche jetzt so böses Blut mache, so sei darauf aufmerksam zu machen, daß diese Zeitdauer, wenn die Prinzipale ihr gegebenes Wort nicht hielten, ja von der Gehilfenschaft abgekratzt resp. aufgehoben werden könne. Auf die Handlungsweise des Corr.-Redakteurs eingehend, bemerkte Redner, daß er diese Schreibweise auf keinen Fall billigen könne. Es müsse ein anständiger Ton in unserm Organe Platz greifen. Einen guten Eindruck habe es auf der Gewerkschafterkonferenz in Berlin nicht gemacht, daß Gaiß daselbst nicht Rede stand; das grenze an Feigheit. Schlag versicherte nochmals, die Gewerkschafter resp. Vertreter und der Zentralvorstand hätten ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen gethan. Von Liebschügeln mit den Prinzipalen sei keine Rede gewesen. Kollege Geyner war anderer Meinung. Nicht Gaiß treffe die Schuld an den unentschiedenen Vorgängen der letzten Zeit, sondern den Zentralvorstand und mit diesem die Gehilfenvertreter. Statt event. die Verhandlungen abbrechen, habe man vor der Prinzipalität eine Verbergung gemacht und unre Organisations damit distrebitert. Die „Erklärung“ im Corr. dürste auf keinen Fall erfolgen. Kollegen Gaiß weiß Redner Dank, daß er durch sein offenes Vorgehen der Kollegschaft die Augen geöffnet hat, in welchen Abgrund man mit dem Verbandszwang event. kommen könnte. Das Scherbengericht, welches man in Berlin gegen Gaiß abgehalten habe, sei nicht in der Ordnung. Er bitte, bei der Wahl zur Generalversammlung von den Gewerkschaftern abzusehen, da dieselben in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnisse zum Zentralvorstande ständen. Redner brachte in Gemeinschaft mit dem Kollegen F. Steinbach folgende Resolution ein: 1. Die organisierten Breslauer Buchdrucker-Gehilfen erklären sich mit der beachtlichen Festlegung des Tarifs auf fünf Jahre nicht einverstanden, da dies in keinem Verhältnisse zu den minimalen Zugeständnissen steht und unsern in einer früheren Versammlung vertretenen Standpunkte zuwiderläuft. 2. Die Breslauer Verbandsgehilfenschaft ist gegen die Etnrichtung eines sogenannten Tarifamtes, als einer Institution, welche nur geeignet erscheint, die freie Entfaltung und Beweglichkeit unserer Organisation zu hemmen und in absehbarer Zeit ganz lahm zu legen; sie erblickt darin vielmehr ihr ein Mittel, die Gehilfenschaft nach und nach um ihr Selbstbestimmungsrecht zu bringen und dem unheilvollen Einflusse der Prinzipalität auszuquantworten. 3. Die Breslauer organisierte Gehilfenschaft beurteilt als unschöne Bedenke in der letzten Zeit beschlossenen Maßnahmen der Verbandsleitung gegen das Recht der freien Meinungsäußerung des Corr. und seines Redakteurs und behauptet die schmächtige Haltung der Gehilfenvertreter in dieser Frage den Prinzipalen gegenüber; ferner protestieren die heute hier Versammelten gegen die stattgehabte Zusammenkunft der Gewerkschafter als Richter in eigener Sache. 4. Erklären sich die Breslauer Verbandsmitglieder mit der Haltung der Corr.-Redaktion einverstanden und hoffen, daß dieselbe auch ferner mannhaft für das Wohl und Wehe der Gesamtheit eintreten möge. (Beifall.) Der folgende Redner, Kollege Senje, wies auf den Gegensatz der Ausführungen Gaiß in früheren Nummern des Corr. und der sich widersprechenden jetzigen Handlungsweise desselben hin. Redner verlas nun einige Artikel des Corr. sonst und jezt zum Beweise der von ihm aufgestellten Behauptungen. Der Ton, welchen Gaiß als unumschränkter Herrscher des Corr. jezt anzuschlagen beliebe, berühre ihn unangenehm. Die Vertreter der Gehilfenschaft haben ihre Schuldigkeit und ihre Pflicht gethan, mehr hätten andere auch nicht thun können. Zuerst brach Gaiß für die Tarifgemeinschaft eine Lanze (wo?), jezt mache er Front gegen alles, was er früher mitgeschaffen und verteidigt habe. Das ist ein vertriehtes Spiel und solches dürfe er nicht treiben. Redner bittet um Annahme folgender Resolution: „Die am 11. Juni im Ballhause tagende Versammlung des Breslauer Buchdrucker-Gehilfenvereins erkennt an, daß der Hauptvorstand und die Gehilfenvertreter nach Lage der Verhältnisse im Interesse des Verbandes gehandelt haben, und verwirft die Entscheidung

über die Frage betr. „Tariforganisation“ zur endgültigen Erledigung seitens der Verbandsmitglieder auf die Mitte Juli stattfindende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Hauptvorstand wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Aufhebung der Tarifvorrechte bis nach Tagung der Verbands-Generalversammlung (ist bereits geschehen) verschoben wird.“ Langmeyer als nächster Redner fand das Verhalten Gash's ebenfalls nicht für richtig, ihm schiene es, als wolle er Alleinherrscher werden. Das Bewußtsein seiner scheinbaren Größe erfülle ihn jetzt voll und ganz. Kollege Steinbach stand voll und ganz auf Seiten Gash's. Da er angegriffen wurde, habe er sich zur Wehr gesetzt. Gash habe seine vollste Zustimmung; desgleichen äußerten sich noch mehrere Kollegen, wie auch von Seiten Schlags und Henges das Wort nochmals zu Gunsten des Zentralvorstandes und der Geschäftsvertreter ergreifen wurde. Hieran wurde die Resolution Geshner-Steinbach mit 122 Stimmen (Anwesende 230) angenommen. Leider machte der Eintritt der Polizeistunde der Fortführung der Debatte über die noch auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Punkte ein Ende. — Unser Johannisfest feiern wir am 21. Juni durch einen Ausflug nach dem Gebirgsorte Jöbten in altberedachter Weise in aller Fröhlichkeit und Einigkeit.

Wiesfeld. In Nr. 62 des Corr. war unter Verbandsnachrichten bekannt gegeben, daß der Ortsverein Wiesfeld am 20. Juni sein diesjähriges Johannisfest auf dem Johannisberge feiert und zu demselben die Kollegen des Bezirks freundlichst eingeladen sind. Nach dieser Auslegung muß es bei jedem Mitgliede des Bezirks den Anschein erwecken, als wenn das diesjährige Johannisfest hier in größter Einmütigkeit und Harmonie gefeiert werden würde. Das ist leider nicht der Fall, denn von den etwa 100 heiligen Mitgliedern wird der dritte Teil an dem Johannisfest auf dem Johannisberge nicht teilnehmen und zwar deshalb, weil es der Wehrheit belibte, ein Vokal in Aussicht zu nehmen, das nur zu Festlichkeiten, aber nie zu Versammlungen zu haben ist und zu erlernen auch nur dann, wenn auf ein vorhergegangenes Geschäft der Ausschuss der Schülereigenschaft grädigt die Duldung des festgebenden Vereins gegen Bezahlung von 30 M. sanctioniert. In der am 21. Mai abgehaltenen außerordentlichen Ortsversammlung, bei welcher die Geldebewilligung zur Johannisfeier auf der Tagesordnung stand, gab sich die Minderheit die größte Mühe, eine einheitliche Feiertagsbestimmung, jedoch vergeblich, die Feiertage auf dem Johannisberge wurde mit 35 gegen 28 Stimmen wiederholt beschlossen. Daraufhin wurden diejenigen Kollegen, welche mit der Wahl des Johannisberges nicht einverstanden waren, zu einer Besprechung eingeladen und in derselben beschlossen, sich an der Johannisfeier nicht zu beteiligen, sondern gleichfalls Sonnabend den 20. Juni einen Ausflug nach Verford zu veranstalten. Dorthin finden auf der Bergkuppe, abends 7 Uhr beginnend, Konzerte, ausgeführt von Kollegen, Gesangsvorträge, Theater und Tanztruppen bei freiem Entree statt. Wer also von den Bezirkskollegen Lust und Liebe hat, an der Minderheits-Johannisfeier teilzunehmen, der ist hiermit gleichfalls freundlichst eingeladen.

Bredde. Zum Berichte über die Versammlung am 2. Juni in Nr. 64 gestattet sich Unterzeichneter folgendes richtig zu stellen. Die Dispositionen über die Versammlungen werden zum größten Teil im Einverständnisse mit dem Gesamtverbande von dem Unterzeichneten in Gemeinschaft mit dem Verwalter getroffen; auch für Dienstag den 2. Juni war von uns eine allgemeine Versammlung in Aussicht genommen, da beiderseits nicht die geringste Kenntnis von dem geplanten Gash'schen Referate vorlag. Erst am Montag mittag erfuhr ich von der Absicht, trotzdem, wie ich später erfuhr, die Arrangements der Versammlung zwei Tage vorher die Zirkulare zu derselben in der Tasche hatten und ich mit einigen derselben in der Druckerhöh wie auch in einem Konzert am Sonntage zusammen war. Nach erlangter Kenntnis sahen wir von der Einberufung unserer Versammlung ab, machten aber die Mitglieder auf die Versammlung in einem besondern Zirkular aufmerksam, um einestheils zu zeigen, mit welcher Ignoranz man den Vorstandsmitgliedern gegenüber auftritt, und weil uns daran lag, die Versammlung vollständig besucht zu sehen. Der Beweis müßte erst erbracht werden, ob wir dem Wunsch nicht entsprochen hätten, Herrn Gash nach hier zu laden, wenn weitere Kollegenreise sich hierüber geäußert hätten. Ist die Sache, welche Herr Gash und seine hiesigen Anhänger vertreten, eine gerechte, so konnte sie durch unsere Maßnahmen nicht distrahirt werden. — Es ist weiter eine ganz irrige Auffassung, daß, wenn man die Schreibweise des Corr. beurteilen will, man erst den Redakteur hören müsse; das dürfte dann auch notwendig sein, wenn man ein Lob erteilen will, was schon, ohne daß Verwahrung dagegen eingelegt wurde, dagewesen ist. Der Gantag war vollständig berechtigt, sich über den Inhalt unsers Organs zu äußern.

Heinz Wendtsche, Gauvorsteher.
X. Freiburg i. Br. (Oberrhein). Die Tagesordnung des letzten Gantages enthielt den Antrag auf Gründung eines neuen Bezirks. Der Zweck dieser Zeilen soll nun sein, diesen Punkt wieder anzugehen und ich benutze hierzu das Vereinsorgan, um allen Gau-Mitgliedern Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Die Mitgliederzahl ist im letzten Jahr um fast 100 gestiegen. Schon aus diesem Grunde ist eine Neueinteilung thümlich. Hauptächlich wäre der Bezirk II (Freiburg-Land) in

zwei Bezirke zu teilen (Offenburg-Lahr und Lörrach). Früher standen in diesem Bezirke nur einige Mitglieder, es wurden die Geschäfte vom Gauassessor nebenbei besorgt. Dies ist nicht mehr angängig, weil der Gau stets zunimmt und der ebengenannte Bezirk nun ebenfalls 80 Mitglieder zählt. Durch die Neueinteilung würde der Gauassessor entlastet und in Agitation könnte und würde mehr geleistet werden, wenn dieser große Bezirk geteilt wird. Ebenso würde auch die Kollegialität und Zusammengehörigkeit mehr gepflegt werden können als seither, wo alle zwei bis drei Jahre ein Gauvorstandsmitglied sich in diesem oder jenem Städtchen bilden ließ und eine Versammlung abhielt. Von den Vororten aus würde jedenfalls mehr geleistet. Wägen diese Zeilen dazu beitragen, daß bis zum Gantage bestimmte Anträge vorliegen und ihre Erledigung zum Wohle der Allgemeinheit finden.

Jerlsh. Aus dem Telegramm in der Nr. 63 des Corr. werden die Kollegen ersehen haben, daß uns die Errungenschaften der jüngsten Bewegung in der Dösmann'schen Druckerei wieder freitig gemacht werden. Kaum war in dieser Firma die verlorzene Arbeitszeit 14 Tage lang eingeführt, da wurde es dem Inhaber derselben wieder leid, er kündigte dem Gesellschafter an: Von nächster Woche ab wird wieder nach der alten Arbeitszeit gearbeitet; wenn es nicht paßt, der fliegt hinaus, gleichviel ob er zehn oder ein viertel Jahr im Geschäft ist. Die Gesellschaft trat diesem Ansuchen einmütig entgegen und da die Arbeit drängte, so hatte der Prinzipal nicht den Mut, es auf einen Ausstand ankommen zu lassen. Diesen Mut scheint er sich nun in der Kreisversammlung des D. V. B. zu Dortmund gelohnt zu haben. Nach Rückkehr von derselben erklärte er, daß er nunmehr die Sache von einer ganz andern Seite betrachte, und maßregelte die Mitglieder des Gesellschafter's. Sechs Seper (zwei N.-B.), acht Steinbruder und ein Lithograph reichten daraufhin ihre Kündigung ein, um weiteren Maßregelungsgelüsten vorzubeugen. Fünf Lithographen (welche sich an der Bewegung überhaupt nicht beteiligten), fünf Steinbruder und zwei Seper gaben zwar in der vorhergegangenen Druckereiverammlung schriftlich ihr Ehrenwort, für unsere Forderungen solidarisch einzutreten, hielten es aber nicht. Nun kündigte der Prinzipal seinerseits dem größten Teile seines weiblichen und männlichen Hilfspersonal's, insgesamt 16 Personen, so daß voraussichtlich 30 Personen in den Ausstand treten werden. Ein Einigungsversuch schlug fehl.

Karlsruhe. Eine recht lebhafteste Anteilnahme an den jüngsten Vorgängen zeigte am Sonntag dem 7. Juni die hier abgehaltene Mitgliederversammlung. Besonders gaben die Berliner Beschlüsse, das Verhalten unserer Tarifvertreter und nicht zum wenigsten die Angelegenheit Gash gegen Döblin Anlaß zu einer derben Ansprache. Beurteilt wurde entschieden, daß man gegen den Corr.-Redakteur mit den geplanten Maßnahmen vorgehen will, und bebauerte, daß überhaupt ein solcher Zwist innerhalb unsrer Organisation Platz gegriffen. Bei einigem guten Willen seitens der beteiligten Parteien hätte sich das ganze Schauspiel vermeiden lassen. Die Versammlung gab ihren Gefühlen durch folgende Resolution Ausdruck: „Die heute in der Kronenhalle tagende Versammlung des Ortsvereins Karlsruhe verwirft die in Berlin getroffenen Abmachungen und spricht den Geschäftsvertretern ihre entschiedene Billigung aus. Die Versammlung erwartet, daß die Geschäftsvertreter ihre Mandate sofort niederlegen und keinesfalls an den weiteren Verhandlungen teilnehmen. Sie fordert die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Dem Redakteur des Corr., Kollegen Gash, spricht die Versammlung ihr Vertrauen aus, wenn auch zu bedauern ist, daß derselbe nicht früher schon der Kollegenschaft die Wahrheit bekannt gab.“

Leipzig, 13. Juni. In der gestrigen Mitglieder-Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker-Gesellschafter (Vokalverein), die sich mit der Aufstellung eines Kandidaten für den ersten Vorsitzenden beschäftigte, wurde auch eine Resolution gefaßt, daß der Gesamtverband zugleich mit dem 1. Vorsitzenden sein Amt niederzulegen habe, da er die eingeleitete Tarifgemeinschaft nicht gebindert bzw. die Mitglieder darüber wesentlich im Unklaren gelassen habe. Der zweite Vorsitzende Eichler bestritt im Namen des Vorstandes der Versammlung die Berechtigung, den Vorstand um seinen Abtritt zu ersuchen oder ihn von seinem Posten zu entfernen, da er durch die Generalversammlung per Urabstimmung gewählt sei. Der Vorstand wäre jetzt, nachdem die Leipziger Gesellschaft gegen die Tarifgemeinschaft entschieden, ebenfalls gegen dieselbe. Dieser von Vorstandesseite noch mehrfach bekämpften Erklärung traten sämtliche Redner mehr oder weniger entschieden gegenüber. Es wurde ausgesprochen, daß der Vorstand nach seinem bisherigen Verhalten bei den bevorstehenden bewegten Zeiten zur Abwehr der Tarifgemeinschaft nicht mit derjenigen eignen Kaltblütigkeit und Vertrauen in die Kraft der Gesellschaft handeln werde, wie es nötig sei. In der auf dreierlei Weise, durch Handausheben, Hammersprung und Stimmzettel erfolgten Abstimmung wurde die Resolution auf Amtsniederlegung des Vorstandes mit 151 gegen 144 Stimmen angenommen. Dennoch blieb der Vorstand, trotzdem vom Vorstandsmitglied May entgegen Eichler vorher erklärt worden war, daß man sich selbstverständlich den Wünschen der Versammlung accomodieren werde, nachträglich durch Erklärung desselben Vorstandsmitgliedes auf dem Standpunkte stehen, daß der Vorstand die Vertrauensfrage bei der Generalversammlung stellen würde. Bei der nun folgenden Aufstellung

eines Kandidaten zum ersten Vorsitzenden kam betreffs der vorgeschlagenen Personen zuerst die Kandidatur des Kollegen Eichler zum Vorschein. Trotz zweimaliger Abstimmung wurde von dem aus der Versammlung verstärkten Bureau das Resultat als zweifelsfrei erklärt, wogegen man in der Versammlung der Meinung war, daß die Kandidatur abgelehnt sei. Ausgezählt konnte, da die Versammlung um 12 Uhr nach positiver Bestimmung geschlossen werden mußte, der vorgedachten Zeit halber nicht werden. So wurde der aus der Mitte der Versammlung gestellte Antrag acceptiert, alle vorgeschlagenen Kandidaten den Mitgliedern zur Wahl anzuheben. Als Kandidaten blieben bestehen Konrad Eichler und Ernst Tanneberger.

C. Schl. Leipzig, 12. Juni. Auf die Äußerung des Kollegen Nibel bei der Konferenz der Gauvorsteher, Kollege Gash mache Stimmung dafür, daß Gauvorsteher nicht als Delegierter zur Generalversammlung gewählt werden sollen, glaube ich im Namen vieler Kollegen, die mit mir darin einig sind, behaupten zu können, daß dies ganz gerechtfertigt ist, denn die letzte Zeit hat gezeigt, daß man diese Frage sehr ernst prüfen muß und nur Kollegen in die Generalversammlung senden darf, die nach jeder Richtung hin als freie, überzeugungstreue Männer handeln. Warum dies notwendig ist, ist aus folgender Klarstellung zu ersehen. Als wir im Jahr 1891 in den Streit eingetreten, war bei jedem denkenden Buchdrucker die Ueberzeugung gekommen, daß es nun an der Zeit sei, mit der Tarifgemeinschaft zu brechen, und unsere Führer waren damals bemüht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diese Tarifgemeinschaft zu Grabe zu tragen, sie bezuhteten damals dieselbe als Hemmschuh jeder freien Bewegung. Selbst der Verbandsvorstand Döblin trat mit sehr warmen Worten in einer Leipziger Versammlung für die Beseitigung der Tarifgemeinschaft ein. Diese Meinung hat freilich bei ihm nicht lange vorgehalten, denn schon nach kurzer Zeit stand er wieder auf dem Plan, um für eine neue Tarifgemeinschaft zu wirken. Die Vertreter bei der Breslauer Generalversammlung hatten zum Glück Zeitgefühl genug, einem solchen Vorhaben nicht zuzustimmen. Nun kam man auf den Gedanken, die Verbandsfunktionäre dem Unternehmen geneigt zu machen. In verschiedenen Konferenzen wurden dieselben systematisch bearbeitet und so der Vorstand in den Stand gesetzt, sich mit den Prinzipalen von neuem in Verbindung zu setzen. Nach mehrfachen vergeblichen Anbörungen ließen sich die Prinzipale endlich herbei, mit dem Vorstand in Verbindung zu treten, damit war der erste Nagel zum Sarge geschmettert, denn die Prinzipale wurden aufmerksam und sagten sich, wir müssen auf der Wacht sein, im Gehilfenlager geht etwas vor. Nun kam die Leipziger Resolution. Die Gesellschaft war ohne Zweifel willens, für den Ingal derselben voll und ganz einzutreten, was gegen die Herren Döblin und Nibel, welche mehrfach das Gegenteil behaupteten, hier gesagt sein mag. Die Bremser seitens unserer Führer setzte die Prinzipale in den Stand, die Sache hinauszuschleppen und sie hatten bereits gewonnen Spiel, als sie die sogenannten Gehilfenvertreter, die tatsächlich nichts weiter waren als Statisten der Prinzipale, auftreten ließen, um sie mit schönen Reden und Versprechungen noch weiter hinhuzhalten. Selbst als rabiat bekannte Führer gingen auf den Bein, daß man auf ein Prinzipalwort vertrauen könne — trotz gegentlicher Erfahrungen — und verrannten sich in die Vorstandsparole: „Es muß etwas geschaffen werden, mag es sein was es will.“ Was dabei herausgekommen ist, dies weiß jeder denkende Kollege selbst zu beurteilen. Nun kam Kollege Gash in der allgemeinen Buchdrucker-Versammlung mit der bekannten Resolution, welche verlangte, daß der Tarif nur von Jahr zu Jahr gelten solle. Das wurde vom Kollegen Nibel bekämpft. Die Leipziger Gesellschaft stellte sich aber auf dem Standpunkte des Kollegen Gash, nachdem dieser das ganze Treiben hinter und vor den Coulissen aufgedeckt hatte. Wenn man auch dem Kollegen Gash den Vorwurf nicht ersparen kann, daß er allzulange sich an den Abmachungen beteiligte, so ist ihm doch das Verdienst, endlich seinen Arm entgegen zu haben, nicht abzupredigen. Warum Kollege Nibel auf die Resolution Gash nicht eingehen zu können glaubte und sein Amt niederlegte, ist nicht einzusehen. Was hätte es geschadet, wenn die Prinzipale darauf nicht eingingen? War der Mannesmut bei den Gehilfenvertretern schon so weit gekommen, daß sie nur nach der Pfeife der Prinzipale zu tanzen wagten, wie sie dies bei der Berliner Verhandlung bekundeten, als sie im Vereine mit den Prinzipalen und dem Vokalkollegen Siegert gegen die Redaktion des Corr. zu Felde zogen und zwar zu einer Zeit, als Kollege Gash noch weiter nichts als verlaublich lassen als das, was in dem Leipziger Verammlungsbericht enthalten war? Durch dieses Auftreten ihrer Vertreter sind die Gehilfen sehr geschädigt worden als zu verantworten ist und die Prinzipale haben es denn auch recht gut verstanden, daraus Kapital zu schlagen, wie aus den Verhandlungen ihrer Generalversammlung hervorgeht. Nicht nur „Genosse“ Ramm freut sich, daß durch die getroffenen Abmachungen ein selbständiges Auftreten der Gesellschaft unmöglich gemacht ist, auch der Herr v. Haase, der Urheber der bekannten Buchhändler-Resolution gegen jede Tarifhebung, glaubt die Zeit gekommen, auf jede Einmischung seitens der Buchhändler jetzt verzichten zu können. Genügt all dies nicht, um bei der Wahl zu unsrer Generalversammlung das Augenmerk nur auf die Kollegen zu lenken, welche nicht als

Wittschuldige an diesem Ausgange der Sache zu betrachten sind? Die Gausortfischer aber haben sich, wie aus dem Protokoll über die Konferenz in Berlin hervorgeht, ausdrücklich als Wittschuldige bekannt, sich also von vornherein als unfähig erklärt, die notwendige neue Gestaltung der Dinge herbeizuführen.

Wainz. Am 30. Mai fand dahier unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, welche sich eines guten Besuches erfreute und folgende Punkte auf der Tagesordnung hatte: Geschäftliches, Johannistfest, Stellungnahme zum Graphtischen Kartell und Beschiedenes. Unter Geschäftlichem wurde die Bekanntgabe von 11 Reuaufnahmen entgegengenommen und die Mitglieder von der Abrechnung und Statistik der Reifekasse für März und April in Kenntnis gesetzt. Betreffs des Johannistfestes wurde beschlossen, dasselbe in Form eines Gartenfestes mit Tanzsängchen festlich zu begehen. Ueber den dritten Punkt, Stellungnahme zum Graphtischen Kartell, entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, in welcher hauptsächlich ausgeführt wurde, daß die Gründung eines solchen Kartells zwar zu begrüßen sei, doch müsse man der Sache genaue Aufmerksamkeit schenken, da von jedem Mitgliede pro Quartal 30 Pf. Beitrag verlangt würde, was auf die Buchdrucker einen Jahresbetrag von 24000 M. bedeute, während die Steinbruder, Lithographen und Buchbinder nur höchstens zusammen etwa 12000 M. zu bezahlen hätten. Wunder nehmen müßte es einem, daß die Vertreter der Steinbruder und Lithographen diesem neuen Unternehmen zugestimmt hätten, wo sie doch auf ihrem letzten Verbandstag in Nürnberg die Einführung von Arbeitslosenunterstützung ablehnten, weil dieses eine Steuererhöhung involviere und die Berliner, die jedenfalls einen Schritt weiter sind als ihre Provinzkollegen, gezwungen waren, diese Unterstützung lokaliter einzuführen. Es wurde deshalb die Wahrscheinlichkeit laut, daß nach Erreichung des beschlossenen Referendums gerade diese Kartellklasse stark in Anspruch genommen würde und dieses müsse vermieden werden insofern, daß der Zentralvorstand aufgefordert werde, dahin zu wirken, daß nur die Unterstützung der Kartellklasse in größerem Maßstab in Kraft treten soll, wenn bei irgendwelchem Ausstände sämtliche Berufe des graphtischen Gewerbes daran beteiligt sind. Im andern Falle soll die Kartellklasse, wenn sie von einer Gewerkschaft in Anspruch genommen werden muß, nur soviel Unterstützung ausbezahlen als Beiträge von der damit betroffenen Gewerkschaft einbezahlt wurden, denn diese Leute müßten ebenfalls aus Zahlen gewöhnt werden, wenn sie Rechte fordern, und sei es deshalb bedauerlich, zu registrieren, daß die Steinbruder und Lithographen nicht einmal im Stande gewesen seien, die jetzner Zeit bei dem Ausstände Kaufmann-Brandenburg beteiligten Kollegen allein zu unterstützen. Es wurde deshalb am Schlusse der Debatte nachstehende Resolution angenommen, welche dem Zentralvorstand übermitteln soll: „Die heute am 30. Mai 1896 im Lokale zum Weihen Köpchen in Mainz tagende Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erblickt in der Gründung des Graphtischen Kartells einen weiteren Fortschritt zur Erreichung besserer Lebensbedingungen, wünscht jedoch, daß dieser Streiffonds in erster Linie nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn Angehörige sämtlicher Organisationen daran beteiligt sind, im andern Falle soll den Beteiligten einer einzelnen Organisation ein gewisser Prozentsatz nach ihren geleisteten Mitgliederbeiträgen zur Verfügung gestellt werden.“ Im weiteren fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erörterung, worauf die Versammlung ihren Abschluß fand.

Mannheim, 7. Juni. Die heutige allgemeine Buchdruckerversammlung hatte zur Tagesordnung: 1. Berichtserstattung unsers Tarifvertreter, Kollegen Ernst Stutzgart, über die Tarifverhandlungen. 2. Stellungnahme zu dem neuen Tarif. Zu bebauern ist der zwar zahlreiche, aber höchst unpraktische Besuch der Versammlung. Erst nach dreiviertelstündiger Verzögerung konnte die Versammlung eröffnet werden. In das Bureau der Versammlung wurde Trautwein-Mannheim als erster Vorsitzender, Benzell-Ludwigshafen als zweiter Vorsitzender, Wiedemann-Neustadt als Schriftführer gewählt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erläuterte Gehilfenvertreter Knie-Stuttgart noch einmal eingehend den Verlauf der Tarifverhandlungen. Einleitend erwähnte Redner die bekannte Ludwigshafener Resolution und betonte, daß er hauptsächlich deshalb die Einladung des Mannheimer Bezirksvereins angenommen habe, um nicht in den Verdacht zu kommen, er säuere eine Kritik seiner Thätigkeit. Die Ausführungen des Referenten sind zum großen Teile schon durch andere Berichte im Corr. bekannt, auf eine Wiederholung kann an dieser Stelle daher verzichtet werden, doch sei erwähnt, daß der Herr Referent auch die Corr.-Ausführungen erklärend erläuterte, doch nicht in dem Tone der Stuttgarter Versammlung. Den Ausführungen des Referenten wurde lebhafter Beifall gezollt. Dollnast-Mannheim ging auf die Vorgeschichte der diesjährigen Bewegung ein, zeigte den krassen Unterschied zwischen der Bewegung von 1891 und der heutigen, besonders auf die Verschleppung und Verzögerung von Monat zu Monat hinweisend, und kam zu dem Schlusse, daß wir mit dem jetzt Ertrungenen keinen Staat machen könnten, wir sollten über den Düssel barbiert werden und das dürfen sich die Buchdrucker nicht gefallen lassen. Im weiteren wies D. den Unterschied in der Haltung der Gehilfenvertreter von Stuttgart, München und des Herrn Döblin noch im Januar d. J. gegen

heute nach und meinte, daß wir an dem preussischen Unterstützungsvertratte der früheren Zeit gerade genug gehabt hätten, es wäre eine Thorheit, denselben neu aufzuheben zu lassen. Das Obligatorium des Deutschen Buchdrucker-Bereins sei sehr selbsthaft, da es jedem Mitgliede dieses Vereins jeder Zeit frei stehe, aus dem Verein auszutreten und damit sich seiner Verpflichtungen gegen die Gehilfen und den Tarif zu entledigen. Die Gehilfenvertreter hätten keinen Auftrag gehabt, auf eine bloß halbfründliche Arbeitszeitverkürzung und noch weniger auf Festlegung des Tarifs so lange Dauer einzugehen. Von einer Tarifgemeinschaft könne angesichts der Erfahrungen von 1891 absolut keine Rede mehr sein, er hoffe, daß sich die heutige Versammlung in diesem Sinne erklären werde. Mit einem warmen Appell an die Versammlung, sich die Koalitionsfreiheit nicht verflümmern zu lassen und die getroffenen Abmachungen zurückzuweisen, schloß der Redner seine mit großem Beifall ausgenommenen Ausführungen. — Kollege Müller-Mannheim protestierte namens der Maschinenmeister gegen die Sonderstellung derselben. Kollege Keller-Mannheim stellte sich auf den Standpunkt Dollnasts. Auf keinen Fall hätte von der neunstündigen Arbeitszeit abgegangen werden dürfen. Die Publikationen in der Gehilfenpresse seien nicht rechtzeitig erfolgt; die 50 Pf.-Zulage hätte allgemein durchgeföhrt werden müssen, sie sei eine Leuzerungszulage; die lange Gültigkeitsdauer des Tarifs müßte unbedingt abgelehnt werden. Mit einer solchen Zwittergestalt von Tarif hätten sich die Gehilfenvertreter überhaupt nicht befassen sollen. Es sei noch Zeit zur Umkehr, möchten die Gehilfen diese Zeit richtig benutzen. (Allgemeines Bravo.) Kollege Knie stellte verschiedene Forderungen des Vorredners richtig. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung sei nicht neuem Datums. Redner erläuterte noch einmal die Haltung der Gehilfenvertreter und wies die gefallenen Vorwürfe gegen dieselben entschieden zurück. Redner sei kein großer Freund der Tarifgemeinschaft, glaube aber, daß die Erreichung einer mäßigen Arbeitsverminderung ohne Kampf auch eine Errungenschaft sei, die man nicht so ohne weiteres wegwerfen solle. Man möge diese als Abschlagszahlung nehmen. An der weitem Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Niesebed-Ludwigshafen, der scharf die Haltung des Zentralvorstandes kritisierte, Benzell-Ludwigshafen, der betonte, daß die Ludwigshafener Resolution vielleicht dem Wortlaute nach etwas zu scharf war, der Sinn derselben aber schwerlich angefochten werden könne. Kollege Keller präziserte nochmals seine Stellung zu dem Resultate der Verhandlungen. Das Ergebnis der Leipziger Verhandlungen möge man acceptieren, das Berliner Resultat aber ablehnen. (Allgemeines Bravo.) — Nach weiterer lebhafter Debatte, geführt von den Kollegen Dollnast, Niesebed und Knie, wurde die von Dollnast eingereichte Resolution in zwei Teile zerlegt und der erste Teil einstimmig angenommen. Derselbe lautet: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung von Mannheim, Ludwigshafen und den umliegenden Druckorten erkennt in die Leipzig und Berlin gemachten Tarifvereinbarungen nicht an, da sie, wenn sie zur Durchführung gelangen, nur die deutsche Gehilfenschaft zersplittern würden und kein richtiger Kollege selbst Loten-gräberarbeit an dem Verband ausüben kann. Die Versammlung erwartet, daß der Gehilfenvertreter des IV. Kreises sein Mandat niederlegt und daß die gesamte Kollegenchaft Deutschlands die Tarifabmachungen als ihrer unwirksam zurückweist.“ Der Vorsitzende der Versammlung schloß vor, wegen ziemlich vorgerückter Zeit den zweiten Teil der Resolution auf eine für Montag einzukerkende Mitglieder-Versammlung zu verschieben, was einstimmig angenommen wurde. In der am Montag dem 8. Juni stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde nach kurzer Debatte, an der sich die Kollegen Dollnast, Keller, Huber und Trautwein beteiligten, auch der zweite Punkt der Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß sie mit der jetzigen Haltung des Redakteurs Gschäfflich vollständig einverstanden ist und verwahrt sich gegen eine Abschlägung desselben durch eine Gausortfischerkonferenz. Die Versammlung verlangt die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung.“

Raumburg a. S. Ueber den unletztigen Zwist zwischen dem Zentralvorstand und dem Corr.-Redakteur wurde auch in unsrer am 6. Juni abgehaltenen Monatsversammlung ein Meinungsaustausch geführt. Lebhaft bebauert wurde die laue Handlungsweise des Zentralvorstandes; nachdem schon die Leipziger Prinzipale die Einführung der Bewilligungen hinausgeschoben hätten, wäre es seine Pflicht gewesen, sofort alles in Bewegung zu setzen, um die weiteren Tarifverhandlungen in Berlin nur von der sofortigen Einführung der verprochenen Positionen durch die Leipziger Buchdrucker-Znning erst recht abhängig zu machen, anstatt den Mitgliedern anheim zu geben, sich durch deren Beschluß nicht kritisieren zu lassen; denn damit hätte er die unmittelbare Veranlassung zu dem jetzt bestehenden Konflikt gegeben, der im Interesse unsrer Organisation besser vermieden worden wäre. Schließlich wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Ortsversammlung erklärt sich wiederholt gegen das Eingehen einer neuen Tarifgemeinschaft, sie hält die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes für absolut notwendig und wünscht die Schlußfassung der Tarifkommission so weit hinausgeschoben, bis die Meinung der gesamten Kollegenchaft zur Geltung gekommen ist. Die Gehilfenvertreter werden aufgefordert, sich vorläufig von

den Verhandlungen fernzuhalten, bis die Generalversammlung getroffen hat. Gleichzeitig spricht die Versammlung ihre vollständige Uebereinstimmung mit dem Vorgehen des Corr. aus.“

H. Neustadt a. S. Der „Sturm“, welcher bet Beginn der Bewegung durch Deutschlands Kollegenchaft zog — in Wirklichkeit aber einem ganz gelinden Mal-lüfter gleich — erfasste auch die Kollegen unsers Bezirkes und in vollzählig besuchten Versammlungen wurde den den Prinzipalen von Seiten der Verbandsleitung zu stellenden Positionen zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zugestimmt. Hauptsächlich wurde die für Neustadt so sehr notwendige Einführung eines Lokalzuschlags in Höhe von 10 Proz. lebhaft erörtert und der Beschluß gefaßt, einen solchen in genannter Höhe bei der Tarifkommission zu beantragen. Mit der Begründung desselben wurde Herr Kollege Knie aus Stuttgart beauftragt. Leider ist aber bei den Beratungen auch dieser wie so mancher andre gestellte Antrag auf Einführung beim Erhöhung des Lokalzuschlags „unter den Tisch“ gefallen. Was den Verlauf der Bewegung auf diesem „friedlichen“ Weg anbelangt, so werden wohl die meisten Kollegen zu dem Erkenntnis gekommen sein, daß die Resultate der Leipziger Beratungen in gar keinem Verhältnis zu den „freiwiligen“ Zugeständnissen der Prinzipale gelegentlich der „kriegsmäßigen“ Bewegung vom Jahr 1891/92 stehen, zumal die Gehilfenschaft sich bei diesen minimalen Resultaten durch ein Zustandekommen der Tarifgemeinschaft auch noch fünf Jahre lang kontraktlich binden soll. Bei der „Bäbigkeit“ unserer Herren Prinzipale war es den Gehilfenvertretern nicht möglich, mehr als das Wenige zu erreichen, weshalb ihnen die eigentliche Schuld nicht in die Schuhe geschoben werden kann. — In der letzten außerordentlichen Bezirksversammlung wurde auch das gespannte Verhältnis zwischen dem Corr.-Redakteur und der Verbandsleitung lebhaft besprochen. Im allgemeinen sympathisierten die Anwesenden mit dem Verhalten des Kollegen Gschäfflich, von einer definitiven Beschlußfassung wurde jedoch vorläufig abgesehen, bis sich die Sache geklärt hat. — In den „Genuss“ der verkürzten Arbeitszeit sind zur Zeit die Kollegen der zwei größten hier in Betracht kommenden Druckereien getreten. Nachdem die Altendruckerei (Neue Bürger-Str.) als zweitgrößte den Anfang gemacht, folgte die Pfalz-Verlags-Anstalt (Pfalz-Kurier). Die übrigen Geschäfte (Kranz-bühler-Neust. Str.) und Biegler (General-Anz.) haben noch nicht bewilligt. Lohnerrhöhungen sind jedoch gar keine zu verzeichnen. — Das Corr.-Obligatorium (je zwei Mitglieder ein Exemplar) hat sich hier sehr gut bewährt, indem allen Mitgliedern Gelegenheit geboten ist, die Borgänge im Vereinsleben zu verfolgen. Ein ganz geringer Betrag, den gewöhnlich die Bezirksklasse durch Ausfall von Beiträgen der Abreisenden zu leisten hat, dürfte hier kaum in Betracht kommen.

a. Nürnberg, 9. Juni. In der gestern dahier abgehaltenen, sehr gut besuchten Mitglieder-Versammlung kam unter andern auch der Fall Gschäfflich contra Zentralvorstand zur Sprache. Kollege Fiedler betonte von vornherein, daß er einen von den meisten Corr.-Artikeln abweichenden Standpunkt einnahm, nichtsdestoweniger er seine Meinung so scharf als möglich zum Ausdruck bringen, auch auf die Gefahr hin, als Hirtich-Durderlich oder reaktionär bezeichnet zu werden. Zunächst verwahrte sich Redner gegen eine Rundschaunotts im Corr., was welcher die Nürnberger allgemeine Buchdrucker-Versammlung deshalb so bald einberufen worden sei, weil dahier eine gutmütige, zu deutsch: eine geistig impotente Kollegenchaft vorhanden sei. Die Versammlung sei vielmehr schon zu Ostern bestimmt worden. Redner hält es ferner für seine Pflicht, einen Strich festzustellen, der in dem Bericht über die allgemeine Versammlung unterlaufen sei. Kollege Reihäuser habe nämlich nicht gesagt, daß der Maschinenmeister nach dem Tarife nur eine Maschine zu bedienen habe, er bezeichnete es vielmehr event. als Tarifverletzung, wenn einem Maschinenmeister zugemutet würde, die Maschine des andern zu bedienen, während dieser die tariflichen freien Stunden habe. Das Verhalten Reihäusers sei vollständig den Intentionen des Gausortes entsprechend gewesen. Redner bezeichnete es nicht mehr als gentlemanlike, daß Kollege Gschäfflich von Privatbriefen sowohl als auch von früheren Corr.-Artikeln von Tarifvertretern in einer die betreffenden Kollegen bloßstellenden Weise Gebrauch mache. Die Art und Weise vollends, wie Gschäfflich mit dem Zentralvorstand umspränge, bezeichnete Redner unter dem Besfalle der Versammlung als unerhört. Gschäfflich habe sich gewiß viele Verdienste sowohl um den Verband wie den Corr. erworben, das berechtigte ihn aber keineswegs, in dem von ihm beliebten schulmeisternden Ton über Herrn Döblin und die Tarifvertreter herzufallen. Auf die Profschüre zu sprechen kommand, erlante Redner an, daß manches richtige darin enthalten sei. Namentlich seien die Tarifschiedsgerichte in der angekrehten Form zu verwerfen, wenngleich er auf dem Standpunkte stehe, daß es den Kollegen gelingen würde, Gehilfen in dieselben zu belegen, welche sich nicht als Statisten gebrauchen ließen. Anlangend die Gültigkeitsdauer des Tarifs hielt Redner die Festlegung auf fünf Jahre für zu lang, dagegen könne er sich vollkommen mit der dreijährigen Dauer einverstanden erklären. Es herrsche wohl auf beiden Seiten das Empfinden, daß eine längere Zeit der Ruhe und Sammlung einzutreten habe, während beispielsweise bei der einjährigen Gültigkeitsdauer Prinzipale und Gehilfen nie aus der Aufregung herauskommen

würden. Angesichts der Thatsache, daß die im neuen Tarife festgelegte Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt tausenden von Kollegen zu gute komme, empfahl Redner, lieber einige unangenehme Bestimmungen mit in Kauf zu nehmen, als durch scharfe Zurückweisung der Tarifgemeinschaft das einmal Erreichte wieder zu vernichten; denn das sei wohl klar, daß beim Nichtzustandekommen des Tarifs wie im Jahr 1892 das Bewilligte den Gehilfen wieder entzogen würde. Wer davon den Schaden und zugleich den Spott hätte, brauche nicht auseinanderzusetzen zu werden. Redner verurteilte mit scharfen Worten die ganze Art und Weise des Vorgehens des Kollegen Gajch und empfahl unter lebhaftem Beifalle folgende Resolution, die schließlich mit allen gegen drei Stimmen angenommen wurde: „Die heutige Versammlung erklärt: Die Kampfweise des Kollegen Gajch kann als anfänglich nicht mehr bezeichnet werden; insbesondere ist die Androhung von dem Gebrauche des Hausrechtes dem Zentralvorstande resp. der Gaudorfschleifer-Konferenz gegenüber als durchaus verwerflich zu bezeichnen. Die Versammlung stellt an den Zentralvorstand den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung.“ In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich alle Redner bis auf einen sehr heftig gegen Herrn Gajch aus. Derselbe hätte sein Material event. den Gehilfenvertretern vorlegen sollen. Die Gehilfenvertreter seien zu Verhandlungen gewählt worden und Verhandeln bedeute nichts weiter als daß auf beiden Seiten Konzeptionen gemacht werden müssen. Für das Vorgehen des Herrn Gajch, aus Privatbriefen von den Vertretern einzelne Stellen zu veröffentlichen und zu seinem Vorteil auszuschnitten, sei der Ausdruck gemein noch zu gelinde, zumal Herr Gajch seinen Gegnern das Recht absprenge, auch seine früher gemachten Aeußerungen festzuhalten. Einzelne Redner führten dann noch aus, daß die norddeutschen Kollegen wohl nicht aus innerer Ueberzeugung gesprochen hätten, denn nach genauer Prüfung der Sachlage müßte doch auch zugegeben werden, daß der neue Tarif einen nicht zu verkennenden Vorteil bringe. Es müsse in Kürze eine Generalversammlung stattfinden und sei es gut, wenn die Vertreter mit keinem gebundenen Mandat ausgestattet würden, so daß sie aus dem der Generalversammlung jedenfalls massenhaft vorliegenden Materiale sich selbst ein Bild ziehen könnten, auf welcher Seite das Recht sei.

h. Aus der bayrischen Pfalz. Ansichten eines Provinzlers. Man kann es einem dem Großhändler nachhumpelnden Provinzler nicht verargen, wenn ihm der Sädel brennt von all den vielen Sachen, die seinem Gehirn in letzter Zeit in nicht immer besonders verbauhter Weise vorgelegt werden. Bei dem Gedanken an Tarifrevision, Gaudorfschleiferkonferenz, außerordentliche Generalversammlung, ist es vor allem der Kostenpunkt, der dem Provinzler in die Knochen fährt. 3000 Mk. allein für Tarifrevision. Ein Neu-Nupplinger Kollege meint zwar, nur die Kosten des Zentralvorstandes würden aus der Verbandskasse bezahlt, gibt jedoch nicht an, wer die anderen Unkosten bezahlen soll. Ich kann es ihm verraten: Wir, die Mitglieder. Dann die Gaudorfschleiferkonferenz. War diese nötig? Ganz entschieden nicht; sie war unnötiger als ein Krampf. Dieser Beschluß betr. des Corr.-Redakteurs hätte mit einer 5 Pf. Karte gefaßt werden können und die Herren Gaudorfschleifer brauchen dafür zwei Tage. Allerdings haben sie sich dadurch den Vorwurf der Ueberflüssigkeit gründlich erspart. Was wohl so eine Gaudorfschleiferkonferenz kostet? Jetzt kommt die außerordentliche Generalversammlung mit ihren 67 Delegierten auf so und soviel Tage à 10 Mk. pro Nase. Macht in Summa wie viel? U. A. u. v. G. Da darf man es dem Provinzler angesehen lassen, solcher Ausgaben nicht übel nehmen, wenn er unwirksam wird; hat er doch meistens noch nie mehr Geld als das Minimum auf einmal gesehen. Es will mir auch bedünken, daß das Gros der Unkosten hätte gespart werden können, wenn die Gehilfenvertreter dem allgemeinen Wunsche nachgegeben und ihr Amt niedergelegt hätten; statt dessen klammern sie sich mit unverständlicher Zähigkeit an ihr Mandat, wie ein Ertrinkenber an einen Strohhalm. Warum denn, wenn das Amt so beschwerlich ist, wie sie allerwärts betonen? Man wird da wahrscheinlich an Bismarck denken. seinen Ausspruch vom „am Amte leben“ erinnert. Herr Reizhauer sieht sich nach seinen Ausführungen in dem Artikel Auditorium usw. schon als wohlbestallter charakterfester Tarifamtsüberwahrer und legt seinen Standpunkt als solcher dar. Schade daß er nicht fester bei den Tarifverhandlungen war. Es scheint mir hieraus zu erhellen, daß den Herren immer noch die Tarifgemeinschaft in dieser Wechselbalgfigur vorwärtsweht, voran unser Zentralvorstand, welcher nach Provinzleransicht die Situation in einigen Tagen hätte klären können, wenn er eine Urabstimmung vorgenommen hätte. Aber es scheint auch da leider der gute Wille zur Klärung zu fehlen. Ein Tarifamt mit solchen Exekutiven ist eher im Stande, den Verband ohnmächtig zu machen, als die Schreiweise des Corr., welche ich gerade auch nicht als in allem korrekt funktionierend will. Was soll der Verband noch, wenn sein ganzes bisheriges Tätigkeitsfeld auf den Wechselbalg übertragen werden soll? Kranken- und Invaliditätsversicherung pflegen? Das kann man wo anders billiger haben. Was soll uns der Verband noch, wenn nicht mehr das Wort „Arbeitsregulierung“ auf seiner Fahne steht? Wer sucht Hilfe bei einem alten und lahmen Greise? Darum aufgeschaut, ihr Lebenseingesessenen aus der Provinz, wählt Vertreter zur Generalversammlung,

welche sich in unsre Situation hineinenden können. Die Schlüsselziehung der „alten bewährten Führer“ hat sich als ein Trugschluß herausgestellt, si: kein, zu alt geworden. Lieber den status quo ante als dieses Nachwerk, welches auf den Untergang des Verbandes berechnet ist.

Meydt, 11. Juni. Herr Mebel sagte bei der Gaudorfschleiferkonferenz in Berlin, Gajch mache sogar Stimmung dafür, daß zur einberufenen Generalversammlung Gaudorfschleifer nicht als Delegierte gewählt werden sollten. Wer will ihm das übel nehmen, da dieselben schon einmal über ihn zu Gericht geseßen haben. Auch wir machen den Vorschlag, keinen Gaudorfschleifer zu wählen; es wäre dies unter den jetzigen Umständen ebenso widersinnig, als wenn mit der Regierung unzufriedene Arbeiter einen Landrat oder Regierungspräsidenten in den Reichstag senden würden, denn was solche Leute für unsern Stand thun, sehen wir ja an der preussischen Landratskammer, genannt Abgeordnetenhause. — In Essen hat man es sehr eilig gehabt, die Erklärungen der Gaudorfschleifer gegen G. dem großen Publikum mitzuteilen, denn schon Dienstagabend brachte der Allg. Beobachter einen eingehenden Bericht über das Berliner „Scherbengericht“. Geschwindigkeit ist keine Exzelsus, namentlich wenn man bei diesem Gerichte „Geschworener“ war.

W. Kopsch. Mittwoch den 10. Juni fand hier eine außerordentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu den neuen Tarifvereinbarungen und Wahl von Delegierten zu dem am 21. Juni stattfindenden Gantage, statt. In der Debatte über die Vereinbarungen der Gehilfen mit den Prinzipalern kam zum Ausdruck, daß unsere Mitgliedschaft darin eine Schädigung ihrer Interessen erblickt, sie tadelt das Verhalten des Gehilfenvertreters des ersten Kreises und kann einer Tarifgemeinschaft, die nur Nachteile bringt, niemals ihre Sanction erteilen. Ferner wurde das Vorgehen des Zentralvorstandes in Sachen Gajch von verschiedenen Seiten scharf verurteilt. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die hiesige Mitgliedschaft erblickt in dem Verhalten des Gehilfenvertreters des ersten Kreises (Knappholz) anlässlich der stattgefundenen Tarifverhandlungen eine Schädigung ihrer Interessen, weilt eine Tarifgemeinschaft nach dem bisherigen Muster entschieden zurück, kann die Taktik des Zentralvorstandes nicht billigen und verlangt dessen Amtsentsetzung, spricht jedoch dem Redakteur Gajch für sein konsequentes Handeln im Interesse der Gehilfenchaft ihr Vertrauen aus.“ Als Delegierte zum außerordentlichen Gantage wurden die Kollegen Reich und Hampel gewählt.

Ruhrort, 8. Juni. Die Samstag den 6. Juni im Vereinslokal abgehaltene Versammlung der Mitgliedschaft Ruhrort befaßte sich u. a. ebenfalls mit der augenblicklichen Lage. Die Versammlung sprach ihre Missbilligung darüber aus, daß man trotz der Abmachungen der Herren Gehilfen- und Prinzipalvertreter hier in Rheinland-Westfalen noch nichts oder nur in ganz vereinzelten Fällen von einer Einführung derselben etwas merkte. Nach dem was der Prinzipalvertreter von Rheinland-Westfalen aus Ehrenwort dem Gehilfenvertreter versichert, mußte man doch bestimmt auf die Einführung rechnen. Die Versammlung zieht hieraus die Lehre, daß sich die Gehilfenchaft wiederum mal hat hinteres Nicht führen lassen. Im weiteren Verlaufe der Debatte sprachen sich sämtliche Redner warm für die tapferer Haltung des Corr. aus und fand zum Schlusse folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute zahlreich besuchte Versammlung der Mitgliedschaft Ruhrort spricht ihre volle Ueber einstimmung mit dem Verhalten des Corr.-Redakteurs Herrn Gajch aus.

Saalfeld a. S., 12. Juni. Infolge der notwendig gewordenen Generalversammlung hatte sich die heutige Versammlung mit Vorschlägen zur Wahl von Vertretern zu derselben zu befassen. Es wurde allseitig betont, daß es sich für dieses Mal wohl ganz besonders notwendig machen dürfte, Vertreter zu wählen, die vollständig unparteiisch in dem entbrannten Streite beständen und wurden zu diesem Behufe die Kollegen Paul Fiedler-Jena und Otto Michaelis-Erfurt vorgeschlagen. Die Mitgliedschaft Saalfeld erwartet von diesen Kollegen, daß sie das Interesse des Verbandes voll und ganz vertreten werden ohne Rücksicht auf Personen. Vorstehende Kollegen werden den Mitgliedern des Gauces Osterland-Thüringen zur ganz besondern Berücksichtigung empfohlen. Im fernern verlangt die Mitgliedschaft im Gegenseitigen zur Gaudorfschleiferkonferenz eine Urabstimmung über die in Berlin beschlossene Tarifgemeinschaft, ausgehend von der Ansicht, daß nimmermehr eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu erzielen ist.

Stettin. Nach dem neuen Tarife wird hier in den Brudereien Hessefeld, Komm. Volkskundschau, Stettin Abendzeitung, Bornemann, Generalanzeiger, W. Kohnke Nachf., Salomon Malmberg gearbeitet.

Stuttgart, 11. Juni. In einer gestern Abend hier abgehaltenen und besuchten Versammlung nahm die Gehilfenchaft auf Antrag aus ihrer Mitte nochmals Stellung zu dem Resultate der Tarifverhandlungen. Nach einer eingehenden Diskussion wurde eine Resolution mit großer Mehrheit angenommen, welche der vorgeschlagenen Tariforganisation wegen die Tarifgemeinschaft entschieden verurteilt und so sachlich den Standpunkt der Correspondenzredaktion vollständig rekrifiziert, alle weiteren Maßnahmen aber der stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung überläßt. Zugleich kam von allen Rednern und in der angenommenen Reso-

lution zum Ausdruck, daß man der loyalen Durchführung der neuen Tarifverbesserungen seitens der Stuttgarter Prinzipalität alle Anerkennung zolle und hoffe, daß man am Ort auf dem Boden der jetzt geschaffenen Situation auch ferner den für beide Teile so notwendigen Frieden habe.

Rundschau.

Kurz vor Drucklegung erfahren wir, daß der Vorstand des Verbandes ein Flugblatt verbreitet, in welchem dem Corr.-Redakteur die schmutzigsten Motive zu seinem rotgebrungenen Vorgehen unterworfen werden. Auch diese urq. kalifizierte Verdächtigungen, die übrigens nicht mehr neu, sondern schon in vielen Versammlungen widerlegt sind, werden wir nächstens der „gebührenden“ Kritik unterziehen und der Kollegenschaft weitere Nachweise darüber erbringen, mit welcher St. upellosigkeit der Vorstand über die Mitglieder zu seinen Gunsten zu beeinflussen sucht. Besonders hervorgehoben sei, daß derselbe noch heute, nachdem sich nahezu alle Gehilfenversammlungen gegen die Tarifgemeinschaft ausgesprochen, an dieselbe sich festklammert.

Die Buchdruckertribune haben auf ihrer Generalversammlung unmaßhämlich Theater gespielt. Herr Kamm sagte, die Gehilfen hätten „genügendes Material“ für die Tarifrevision erbracht. Bei den Tarifverhandlungen aber waren die Reden der Gehilfenvertreter bloß „Prajer“, die Notwendigkeit für ihre Anträge, so sagte speziell damals Herr Kamm, sei jetzt ebenso vorhanden wie 1891 und die Arbeitslosen, hieß es, seien allesamt Faulenzer und Taugenichtse, an Maschinenmeißern herrsche ein schauerhafter Mangel. Der Tarif wurde wie schon berichtet mit Hurrah angenommen, maßgebend war, wie Kamm sagte, daß die Gehilfen künftig gefügig sein müßten unter der Fuchtel ihrer Herren. Herr Friedrich, der für seinen Kreis den Antrag gestellt hatte, den Tarif nicht mehr als obligatorisch anzuerkennen, nahm „keinen Anstand, sich, wie die Dinge heute lägen — nämlich nachdem man dem Zugelöpten den Zweck des neuen Tarifs auseinandergesetzt hatte — mit den Tarifbeschlüssen solidarisch zu erklären“, sein Antrag war plötzlich „zu spät“ eingereicht und kam nicht zur Verhandlung, vor der Veröffentlichung hatte man dieses nicht bemerkt. Herr Bachem hielt seine Rede für staatliche Organisation, einen Stoff, dem die Zeitschrift vor den Berliner Verhandlungen einige Seiten gewidmet hatte. Herr Wärenstein bekam so durch seinen Vorspieler Bachem Gelegenheit, dem Verbatte, daß mit der Tarifgemeinschaft ein Komplott gegen das Koalitionsrecht geplant sei, mit seiner ganzen Bedenksamkeit entgegen zu arbeiten. Er betonte, „die Buchdrucker seien stehender gewesen, den Staat als Hebamme in gewerkschaftlichen Fragen zu entbehren, was sie auf diesem Gebiete bisher erreicht hätten, sei lediglich der freien Vereinbarung zu verdanken.“ Nach diesem „vollständigen“ Ausspruche schmauzte er Bachem mit der höchsten ihm zu Gebote stehenden Kraft an, um den Geseßesplan zu sabotieren, bei dem ganzen Speech völlig den Antrag seines Brubers Bänich-Druggin auf der 1899er Generalversammlung außer acht lassend, der da lautete, die Reichsregierung um Beseitigung des Koalitionsrechtes zu ersuchen, und der dem Vorstande zur weiteren Verfolgung übergeben wurde. Bachem war „so erregt“, daß er „gar keinen Entschluß fassen konnte“, ob er „noch im D. B. B. bleiben werde“. Auch Wärenstein sprach von der Sprengung des Vereins. Da hätten wir ja das längst in Aussicht genommene Requisition, den Gehilfen vorreden zu können, die geniale „Taktik“ habe schon bereits die Sprengung des D. B. B. herbeigeführt! Das Schlupfbild war die Zustimmung der Buchhändler zum Tarif. Herr v. Haase sprach nochmals von der „Schunde der Gajch“ durch den neuen Tarif; darauf Vitte-resolution des D. B. B., die Buchhändler möchten doch aufhören zu opponieren, und Herr v. Haase erklärt sein Einverständnis; ihm wird heißer Dank. Wenn das nicht gut für die Wanzen ist!

Briefkasten.

Herr Schliebs hält der Reaktion in seinem Auffage ein „Wechselspiel in politischer Bestimmung“ vor. Wir fordern Herrn Schliebs auf, den Nachweis zu führen, wodurch die Hebung dieses Wechselspiels geboten hat und erklären seine Behauptung, so lange er diesen schuldig gebliebenen Nachweis nicht bringt, für eine gemeine Verleumdung. — Bei allen Angriffen in jetziger Zeit auf den Zentralvorstand ist zu bemerken, daß sich dieselben hauptsächlich gegen die im Vordergrund stehenden beamteten Personen richten, da wir überzeugt sind, daß die anderen Mitglieder des Zentralvorstandes nicht oder nur unvollständig in alle die bekämpften Pläne eingeweiht sind. — Herrn Blumenhal in Berlin: Die persönliche Erklärung hat für die Leser kein Interesse. — U. in Fretting: 2,75 Mk. — Hirschberg: Nächste Nummer.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung. Durch ein Versehen des Spektors sind die Rechnungsbücher pro 1895 unfrankiert zur Verfertigung gelangt. Wir bitten dies entschuldigen zu wollen.

Der Vorstand.

Berlin. Die Druckerei von Gustav Schend, Hollmannstraße 9, wurde wegen tarifwidriger Zustände für Mitglieder geschlossen.

